

## B e m e r k u n g e n

### zur Herausgabe der drei Artikel von W.I. L E N I N :

- " Unter fremder Flagge ", Februar 1915
  - " Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR (B), 6. Dezember 1920
  - " VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, 22.-29. Dezember 1920
- 

Lenins Schrift "Unter fremder Flagge" ist eine der tiefgehendsten polemischen Schriften Lenins gegen den Sozialchauvinismus, in der er theoretische Kernsätze des Marxismus auf die Epoche des Imperialismus und die Situation des imperialistischen Krieges anwandte und verteidigte.

Lenin hebt hervor, daß die imperialistische Bourgeoisie selbst versucht, die heutige Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution als nicht existent hinzustellen und umzulügen in eine Epoche der "nationalen Frage".

Lenin brandmarkte diese demagogische Übertragung einer längst vergangenen Epoche, in der die Bourgeoisie, die nationale Frage im Mittelpunkt stand, auf die heutige Epoche, als "gerade die Todsünde" des Chauvinismus!

Lenin läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß heute allein die Klasse des P r o l e t a r i a t s , ( die "neue Klasse", die " neue Klasse der modernen Demokratie", die "aufsteigende Klasse" - wie er aus Zensurgründen in dieser Schrift das Proletariat umschrieb) im Mittelpunkt unserer Epoche steht,

" und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung.... bestimmt." (S.10)

Lenin entwickelte in dieser Schrift den w e s e n t l i c h e n Gedanken, daß "in unserer Epoche k e i n e einzige unter diesen anderen Staatsmächten (den imperialistischen Großmächten, AdV) das "zentrale Übel" ist und sein kann". (S.6)

Lenin schlußfolgerte daher, daß sich die kommunistische Weltbewegung "nur in dem Fall sich selbst treu bleiben (kann), wenn sie sich keiner e i n z i g e n imperialistischen Bourgeoisie anschließt ....., wenn sie in jedem Land die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisie herbeiwünscht." (S.9)

Daher brandmarkte Lenin die "Kriegslist", "um den Opportunismus unter der Flagge der Internationalität einzuschmuggeln," (S.2) und unter dem Motto "rein internationalistisch" urteilen zu wollen, sich auf die Seite der einen oder anderen imperialistischen Rivalen zu schlagen.

Lenin gibt in dieser Schrift auch eine treffende Kennzeichnung der sozialen Basis des Opportunismus ("eine Art Bürokratie und Aristokratie der Arbeiterklasse", S. 17), warnt vor ihrer pseudo-dialektischen Philosophie der "schrittweisen Entwicklung" (S.17), die nur theoretischer Ausdruck ihrer grundlegenden Linie ist:

" Die grundlegende Idee des Opportunismus ist das Bündnis oder die Annäherung (zuweilen Vereinbarung, Blockbildung usw.) zwischen der Bourgeoisie und ihrem Antipoden." (S.19)

In diesem Artikel zeigt Lenin beispielhaft, daß es nötig ist, nicht nur die Auffassung der Opportunisten lediglich zu referieren oder ihre plumpsten Extreme herauszugreifen und zu karikieren.

Vielmehr zeigt die vorliegende Schrift, daß Lenin sich vor allem bemühte, die "besten", also die demagogischsten und am schwierigsten zu widerlegenden Argumente, die die größte Wirkung haben, samt ihrer "geschraubte(n) Terminologie" (S.9) Punkt für Punkt auseinanderzunehmen, um sie tiefgehend und umfassend zu widerlegen und ihren bürgerlichen Charakter aufzudecken und zu brandmarken.

Es liegt auf der Hand, welche aktuelle Bedeutung all diese hier von Lenin herausgearbeiteten Gedanken für den heutigen Kampf gegen den Sozialchauvinismus und Opportunismus in der internationalen kommunistischen Bewegung haben!

Die Anhänger des Schemas der "Drei Welten" versuchen alles, um die heutige Epoche als Epoche des Imperialismus und der proletarischen Weltrevolution verschwinden zu lassen, und sie in eine "Epoche der Supermächte" und des "nationalen Kampfes" gegen sie zu konstruieren. Sie verleugnen kraß, daß die "Haupttriebfeder" der Weltentwicklung das Proletariat ist, welches im Mittelpunkt unserer Epoche steht, sie bestreiten - wo sie nur können -, daß die imperialistische Bourgeoisie und ihre Anhängsel in unserer Epoche gänzlich eine "absteigende, verfallende, innerlich abgestorbene, reaktionäre Klasse" (S.14) ist, und propagieren eben die von Lenin gebrandmarkte Idee der "Blockbildung und Annäherung an die Bourgeoisie".

Der Leitsatz Lenins, daß k e i n e imperialistische Macht das "zentrale Übel" ist, ist von besonderer Bedeutung gegen die Verabsolutierung des sowjetischen Sozialimperialismus, bzw. "der Supermächte" überhaupt!

Ein gründliches Studium dieser Schrift, mit den aktuellen Fragen des Kampfes gegen den Opportunismus aller Schattierungen vor Augen, ist unserer Meinung nach eine große Hilfe für das tiefgehende Verständnis des opportunistischen "Drei Welten"-Schemas und seiner Wurzeln.

— — — — —

In den beiden ebenfalls hier vorliegenden Reden Lenins - "Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR (B), 1920" und "VII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß", 1920 - geht es konkret um die damalige Situation in Rußland, um die Frage der Vergabe von Konzessionen an das ausländische Kapital.

Lenin demonstriert in diesen beiden Reden meisterhaft, daß sich die KPR (B) bei der Entscheidung konkreter Fragen auf die Grundlagen des Marxismus stützte und die Beantwortung aktueller Fragen dazu verwendete, unter den breiten Massen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, die Prinzipien einer revolutionären Außenpolitik zu propagieren.

Nun ist bekannt, daß im Repertoire der Verteidiger und Anhänger des Schemas der "Drei Welten" das Wort von der "Ausnutzung der Widersprüche zwischen den Imperialisten" einen hervorragenden Platz einnimmt.

Lenin erläutert und erklärt tiefgehend, nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch den Stellenwert und die Grenzen einer Politik des Ausnutzens der Widersprüche zwischen den Imperialisten im Rahmen einer revolutionären Außenpolitik eines sozialistischen Staates.

Er begründet den fundamentalen Unterschied zwischen einer revolutionären Politik, die der Vorantreibung der proletarischen Weltrevolution und der Festigung der Diktatur des Proletariats dient und davon ausgehend den "Zwist zwischen den beiden imperialistischen Gruppen" ausnutzt, sodaß "zuletzt beide das Spiel verloren" (S.26) und der verräterischen, verbrecherischen opportunistischen Politik der "Unterstützung des einen (imperialistischen) Landes gegen das andere" und der Bildung eines Blocks mit imperialistischen Ländern (S.29).

Konzessionen machen und Kompromisse schließen, die Widersprüche zwischen den Imperialisten als indirekte Reserve der proletarischen Revolution nutzen, dies kann man alles nur wirklich erfolgreich und ohne zum Verräter zu werden, wenn die Arbeiterklasse und ihre direkten Reserven aktiviert und mobilisiert sind, also aus einer bestimmten Position der eigenen Stärke heraus.

Aber dennoch sind solche Kompromisse nichts "Erfreuliches", sondern auch Ausdruck davon, daß man sie abschließen muß.

Lenin erklärte tiefgehend, daß die Kommunisten damals "die Konzessionen, die wir geben, die wir notgedrungen geben müssen" (S.40), da Rußland 1920 das einzige sozialistische Land war, das durch den Kampf gegen die ausländische Intervention und durch den Bürgerkrieg stark geschwächt war, daß also Zugeständnisse Ausdruck dieser Schwäche sind und solche Zugeständnisse nur (x) vorübergehenden Charakter haben:

"Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."  
(S.27)

Bei der revolutionären Außenpolitik diesen Gesichtspunkt voranzustellen, Kompromisse nicht als taktische Maßnahmen zu behandeln, sondern zur Strategie zu erklären, das eben ist der Unterschied

---

(x) Alle Versuche, die Gedanken Lenins über die NÖP und eine Politik von Konzessionen aus dieser schweren Zeit der Oktoberrevolution etwa auf das heutige China zu übertragen, in dem vor über 20 Jahren bereits sozialistische Produktionsverhältnisse im wesentlichen geschaffen waren, bedeutet notwendigerweise eine flagrante revisionistische Verfälschung des Leninismus.

zwischen Opportunismus und Marxismus, wie Lenin erklärt:

"Der Opportunismus besteht darin, daß man die grundlegenden Interessen opfert, um zeitweilige, teilweise Vorteile zu ergattern. Das ist der Kernpunkt, wenn man den Opportunismus theoretisch definiert." (S. 26)

In diesen beiden Reden erläutert Lenin auch, daß eine Politik des "Aufeinanderhetzens der Imperialisten" zwecks "Ausnutzung der Widersprüche zwischen ihnen" keinesfalls bedeutet, die Arbeiter und Bauern dieser Länder in einen imperialistischen Krieg hineinzutreiben, sondern daß die ganze Politik der KPR (B) gerade darin besteht, das Proletariat g e g e n die Idee der "Verteidigung des Vaterlandes" zu erziehen und "für den Sturz der Macht der Kapitalisten" (S. 47) zu gewinnen.

All dies steht völlig im Gegensatz zur Argumentation und Praxis der Anhänger des Schemas der "Drei Welten", die stets ihre konterrevolutionäre und verräterische Politik der UNTERSTÜTZUNG imperialistischer Staaten und die RECHTFERTIGUNG der Kriegsvorbereitung einer Seite (der Nato) als "Ausnutzung der Widersprüche" hinstellen wollen, solche gegenteiligen Stimmen beschimpfen und sie als "vom Feind gelenkt" diffamieren.

Besonders beeindruckend erscheint uns, wie Lenin die "Stimmen der Befürchtung" (S.24) der Massen einschätzt und charakterisiert, die sich erregt fragen, ob durch die Konzessionen das Land nun an neue Ausbeuter verkauft würde.

Lenin ist völlig davon entfernt auch nur anklingen zu lassen, daß solche Befürchtungen "mangelndes Vertrauen" in die Führung, den Staat, die Partei bedeuteten. Vielmehr b e s t ä r k t Lenin den grundsätzlichen Kern solcher Befürchtungen, erklärt, daß er ihm Genugtuung bereitet, da es zeigt, daß das Bewußtsein "wie gefährlich der Kapitalismus und mit welchen Gefahren der Kampf gegen ihn verbunden ist" (S. 24) sehr stark ist.

Daher kommt er zu der Schlußfolgerung, daß von diesen Überlegungen her diese "Stimmung der Massen unbedingt begrüßt" (S.39) werden muß, obwohl zu dieser Zeit keinesfalls der rechte Opportunismus, sondern vielmehr die Gefahr des pseudorevolutionären linken Superrevolutionarismus die Hauptgefahr in der KPR (B) war, die versuchte eine provokatorische Politik durchzusetzen.

Diese von der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse überzeugte, zutiefst marxistische Herangehensweise Lenins unterscheidet sich kraß von der Haltung aller Oppotunisten und leider auch einiger revolutionärer, marxistisch-leninistischer Kräfte, die den revolutionären Inhalt von Befürchtungen und Kritik (s e l b s t w e n n sie in diesem oder jenem Fall sich auf falsche Argumente stützen sollte) - meist unter dem Vorwand, daß sie nicht 100 %ig richtig sei, selbst auch fehlerhaft sei usw. - einfach abwürgen, diffamieren oder ablenken, statt im Geiste Lenins, im Sinne des Marxismus-Leninismus umfassend und gründlich mit Argumenten und Fakten auf Kritik zu antworten.

Zum Studium der drei vorliegenden Schriften W.I. L e n i n s möchten wir alle Genossen und Freunde anregen, um - gerüstet mit der Kraft der leninschen Argumente - einen möglichst großen Beitrag im Kampf gegen das Schema der "Drei Welten", den Sozialchauvinismus und den Opportunismus aller Schattierungen zu leisten.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: E.H. Karge, Görlitzerstr.68, 1000 Westberlin 36 Eigendruck im Selbstverlag
---

# W.I. LENIN

★ Unter fremder Flagge

★ Rede in der Aktivversammlung der  
Moskauer Organisation der KPR(B),  
6. Dezember 1920

★ VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß,  
22.-29. Dezember 1920

- . über den Kampf gegen den Sozialchauvinismus
- . über den Kampf eines sozialistischen Landes  
gegen die imperialistische Einkreisung
- . über die Frage der Konzessionen
- . über das Ausnutzen der Widersprüche  
zwischen den Imperialisten

# I N H A L T

=====

- Unter fremder Flagge ..... S. 1  
(Lenin-Werke, Bd. 21, S.225f.)
- Rede in der Aktivversammlung der mos-  
kauer Organisation der KPR(B) ..... S.24  
-Auszug- +)
- (Lenin-Werke Bd. 31, S. 434f.)
- Referat über Konzessionen ..... S.38  
( Lenin-Werke Bd. 31, S. 459f.)

+ ) weggelassen wurde der Teil der Rede, der  
sich mit dem Zusammenhang von Konzessio-  
nen und den spezifischen Bedingungen der  
Herstellung der Wirtschaft in Rußland be-  
schäftigt.

## UNTER FREMDER FLAGGE

*Geschrieben nicht vor Februar 1915.  
Zuerst veröffentlicht 1917  
im „Sammelband“ I des Buch-  
verlags „Priliw“, Moskau.  
Unterschrift: N. K o n s t a n t i n o w.*

*Nach dem Text des  
„Sammelbandes“.*

In Nummer 1 des „Nasche Delo“ (Petrograd, Januar 1915)<sup>72</sup> erschien ein außerordentlich charakteristischer programmatischer Artikel des Herrn A. Potressow unter dem Titel „An der Grenzscheide zweier Epochen“. Ebenso wie der vorausgegangene Artikel des gleichen Verfassers, der etwas früher in einer der Zeitschriften veröffentlicht war, legt auch der vorliegende die Grundideen einer ganzen bürgerlichen Strömung des gesellschaftlichen Denkens in Rußland – des Liquidatorentums – in bezug auf wichtige und aktuelle Fragen der Gegenwart dar. Im Grunde genommen haben wir es mit dem Manifest einer bestimmten Richtung zu tun, nicht mit Artikeln, und jeder, der sie aufmerksam durchliest und sich in ihren Inhalt hineindenkt, wird sehen, daß nur zufällige, d. h. rein literarischen Interessen fremde Erwägungen den Verfasser (und seine Freunde, denn der Autor steht nicht allein) daran gehindert haben, seine Gedanken in der besser entsprechenden Form einer Deklaration oder eines „Credos“ (eines Glaubensbekenntnisses) auszudrücken.

Der Hauptgedanke A. Potressows ist der, daß die moderne Demokratie an der Grenzscheide zweier Epochen stehe, wobei der grundlegende Unterschied zwischen der alten und der neuen Epoche im Übergang von der nationalen Beschränktheit zur Internationalität liege. Unter moderner Demokratie versteht A. Potressow die für den Ausgang des 19. und den Anfang des 20. Jahrhunderts charakteristische Demokratie, zum Unterschied von der alten, bürgerlichen Demokratie, die für den Ausgang des 18. und für die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts charakteristisch gewesen sei.



Auf den ersten Blick möchte es scheinen, als sei der Gedanke des Verfassers unbedingt richtig, als hätten wir einen Gegner der heute in der modernen Demokratie herrschenden nationalliberalen Richtung vor uns, als sei der Autor „Internationalist“ und nicht Nationalliberaler.

In der Tat, sollte die Verteidigung der Internationalität, die Kennzeichnung der nationalen Beschränktheit und nationalen Ausschließlichkeit als ein Charakterzug der alten, vergangenen Epoche – sollte das nicht ein entschlossener Bruch mit der Seuche des Nationalliberalismus sein, mit dieser Pestbeule der modernen Demokratie oder, richtiger gesagt, ihrer offiziellen Vertreter?

Auf den ersten Blick kann es, nein, muß es fast unvermeidlich so scheinen. Indessen ist das ein gründlicher Irrtum. Der Verfasser führt seine Ware unter fremder Flagge. Er hat – ob bewußt oder unbewußt, ist im gegebenen Falle gleichgültig – eine kleine Kriegslist angewandt, hat die Flagge der „Internationalität“ gehißt, um die Schmuggelware des Nationalliberalismus unter dieser Flagge ungefährdeter durchzubringen. Denn A. Potressow ist Nationalliberaler von reinstem Wasser. Der Kern seines Artikels (und seines Programms, seiner Plattform, seines „Credos“) besteht eben darin, daß er diese kleine, wenn man will, unschuldige Kriegslist anwendet, um den Opportunismus unter der Flagge der Internationalität einzuschmuggeln. Diesen Kern herauszuschälen ist notwendig, und zwar muß es in aller Ausführlichkeit geschehen, denn die Frage ist von gewaltiger, erstrangiger Bedeutung. Daß A. Potressow eine fremde Flagge führt, ist nämlich um so gefährlicher, als er sich nicht nur hinter dem Prinzip der „Internationalität“, sondern auch hinter der Maske eines Anhängers der „Marxschen Methodologie“ versteckt. Mit anderen Worten, A. Potressow möchte als ein echter Schüler und Wortführer des Marxismus erscheinen, während er in Wirklichkeit an die Stelle des Marxismus den Nationalliberalismus setzt. A. Potressow möchte Kautsky „berichtigen“, indem er ihn beschuldigt, er spiele den „Advokaten“, d. h., er verteidige den Liberalismus in den Farben bald der einen, bald der anderen Nation, in den Farben verschiedener Nationen. A. Potressow möchte dem Nationalliberalismus (denn es ist völlig unzweifelhaft und unbestreitbar, daß Kautsky heute zum Nationalliberalen geworden ist) die Internationalität und den Marxismus entgegensetzen. In Wirklichkeit aber setzt A. Potressow nur dem buntscheckigen Natio-

nalliberalismus einen einfarbigen Nationalliberalismus entgegen. Der Marxismus ist indes jedwedem Nationalliberalismus feind – und in der gegebenen konkreten geschichtlichen Situation ist er das in jeder Beziehung.

Daß dem wirklich so ist und warum dem so ist, davon soll jetzt die Rede sein.

# I

Der Schlüssel zum Verständnis der Mißgeschicke von A. Potressow, die dazu führten, daß er unter nationalliberaler Flagge segelt, ist am leichtesten zu finden, wenn der Leser in den Sinn folgender Stelle des Artikels eindringt:

„Mit allem ihnen (Marx und seinen Genossen) eigenen Temperament machten sie sich an die Lösung des Problems, wie kompliziert es auch gewesen sei, sie gaben eine Diagnose des Konflikts, sie versuchten zu bestimmen, *auf welcher Seite ein Sieg* für die von ihrem Standpunkt wünschenswerten Möglichkeiten den größeren Spielraum schaffe, und in dieser Weise stellten sie eine bestimmte Basis für den Aufbau ihrer Taktik her.“ (S. 73, Hervorhebungen in den Zitaten von uns.)

„Auf welcher Seite ein Sieg am ehesten erwünscht wäre“ – dies sei es, was man zu bestimmen habe, und zwar nicht vom nationalen, sondern vom internationalen Standpunkt; eben hierin liege das Wesen der Marxschen Methodologie; eben dies tue Kautsky nicht, der sich so aus einem „Richter“ (aus einem Marxisten) in einen „Advokaten“ (einen Nationalliberalen) verwandle. Das ist A. Potressows Gedankengang. A. Potressow ist selbst aufs tiefste überzeugt, daß er keineswegs „den Advokaten spielt“, wenn er den Sieg gerade der einen Seite (und zwar seiner eigenen) als das Wünschenswerte verfißt – daß er sich vielmehr von wahrhaft internationalen Erwägungen über die „jedes Maß überschreitenden“ Sünden der anderen Seite leiten läßt...

Potressow wie Maslow und Plechanow usw. lassen sich allesamt von wahrhaft internationalen Erwägungen leiten, wobei sie alle zu denselben Schlußfolgerungen kommen wie der erstgenannte... Das ist naiv bis zu... Im übrigen, greifen wir nicht vor, führen wir lieber erst die Analyse der rein theoretischen Frage zu Ende.

„Auf welcher Seite ein Sieg am ehesten erwünscht wäre“ – dies habe Marx zum Beispiel im italienischen Krieg von 1859 festlegen wollen. A. Potressow wählt gerade dieses Beispiel aus, „das in Anbetracht einiger Besonderheiten spezielles Interesse für uns hat“. Wir unsererseits sind ebenfalls bereit, uns an das von A. Potressow gewählte Beispiel zu halten.

Angeblich zur Befreiung Italiens, in Wirklichkeit aber für die eigenen dynastischen Zwecke erklärte Napoleon III. Österreich 1859 den Krieg.

„Hinter dem Rücken Napoleons III.“, schreibt A. Potressow, „zeichnete sich die Figur Gortschakows ab, der kurz vorher noch eine geheime Abmachung mit dem Kaiser der Franzosen getroffen hatte.“ Es ergibt sich ein Knäuel von Widersprüchen: auf der einen Seite eine erzreaktionäre europäische Monarchie, die Italien unterdrückt hielt; auf der andern die Vertreter des nach Freiheit strebenden und revolutionären Italiens, darunter Garibaldi, Hand in Hand mit dem Erzreaktionär Napoleon III. usw. „Wäre es nicht einfacher gewesen“, schreibt A. Potressow, „der Sünde aus dem Wege zu gehen, indem man sagte: ‚beide sind das größere Übel‘? Doch ließen sich weder Engels noch Marx noch auch Lassalle von der ‚Einfachheit‘ einer solchen Entscheidung verführen, sondern sie machten sich an die Ausmittlung“ (A. Potressow will sagen: an das Studium und die Untersuchung) „der Frage, welcher Ausgang des Konflikts die größten Chancen biete für die Sache, die ihnen allen teuer war.“

Marx und Engels waren im Gegensatz zu Lassalle der Meinung, daß Preußen einzugreifen habe. Wie Potressow selbst zugesteht, erwogen sie unter anderem auch „eine möglicherweise aus dem Zusammenstoß mit der feindlichen Koalition resultierende nationale Bewegung in Deutschland, die sich über die Köpfe seiner zahlreichen Potentaten hinweg entwickeln würde; ferner auch die Frage, welche Macht im europäischen Konzert das zentrale Übel darstelle: die reaktionäre Donaumonarchie oder andere hervorragende Vertreter dieses Konzerts“.

Es sei für uns nicht wichtig, folgert A. Potressow, ob Marx recht hatte oder Lassalle; wichtig sei, daß alle sich über die Notwendigkeit einig waren, vom internationalen Standpunkt festzulegen, auf welcher Seite ein Sieg am ehesten erwünscht wäre.

Das ist das von A. Potressow gewählte Beispiel; das ist der Gedankengang unseres Autors. Wenn Marx damals die „internationalen Konflikte

abzuschätzen“ verstanden habe (wie A. Potressow sich ausdrückt), ungeachtet des erzreaktionären Charakters der Regierungen beider kriegführenden Parteien, so hätten die Marxisten auch heute die Pflicht, eine *ebensolche* Abschätzung vorzunehmen, schlußfolgert A. Potressow.

Das ist eine kindlich naive oder eine grob sophistische Schlußfolgerung, denn sie läuft auf folgendes hinaus: Da Marx im Jahre 1859 die Frage zu entscheiden hatte, auf *seiten welcher Bourgeoisie* ein Sieg am ehesten erwünscht wäre, so müßten auch wir, mehr als ein halbes Jahrhundert später, eine Frage von ganz demselben Charakter entscheiden.

A. Potressow hat nicht bemerkt, daß für Marx im Jahre 1859 (ebenso in einer ganzen Reihe von späteren Fällen) die Frage, „auf welcher Seite ein Sieg am ehesten erwünscht wäre“, der Frage gleichkommt, „auf *seiten welcher Bourgeoisie* ein Sieg am ehesten erwünscht wäre“. A. Potressow hat nicht bemerkt, daß Marx über die besagte Frage zu einer Zeit entschied, in der zweifellos *fortschrittliche bürgerliche* Bewegungen existierten, ja in den wichtigsten Staaten Europas im Vordergrund des geschichtlichen Prozesses standen. Heutzutage wäre es lächerlich, im Hinblick z. B. auf solche unbedingt zentralen und hochwichtigen Mitspieler des europäischen „Konzerts“ wie England und Deutschland an eine *fortschrittliche Bourgeoisie*, an eine *fortschrittliche bürgerliche* Bewegung auch nur zu denken. Die alte bürgerliche „Demokratie“ dieser zentralen und hochwichtigen Staaten ist reaktionär geworden. Aber Herr A. Potressow hat das „vergessen“ und an Stelle des Standpunkts der *modernen* (nicht-bürgerlichen) Demokratie den Standpunkt der *alten* (bürgerlichen) Pseudodemokratie unterschoben. Dieses Hinüberwechseln auf den Standpunkt einer anderen und überdies einer alten, überlebten Klasse ist reinster Opportunismus. Es kann keine Rede davon sein, daß ein solches Hinüberwechseln durch die Analyse des objektiven Inhalts des geschichtlichen Prozesses in der alten und in der neuen Epoche gerechtfertigt wäre.

Gerade die Bourgeoisie ist – z. B. in Deutschland, aber auch in England – bestrebt, die gleiche Unterschlebung zu machen, die A. Potressow gemacht hat, und die imperialistische Epoche als Epoche bürgerlich-fortschrittlicher, nationaler und demokratischer Befreiungsbewegungen hinzustellen. A. Potressow läßt sich ganz unkritisch von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen. Das ist um so unverzeihlicher, als A. Potressow selber in dem von ihm gewählten Beispiel erkennen und angeben mußte,

welcherart die Erwägungen waren, von denen sich Marx, Engels und Lassalle in jener längst vergangenen Epoche leiten ließen.\*

Es handelte sich erstens um Erwägungen über die *nationale* Bewegung (in Deutschland und Italien) und ihre Entwicklung über die Köpfe der „Repräsentanten des Mittelalters“ hinweg; zweitens um Erwägungen über das „zentrale Übel“ der reaktionären Monarchien (der österreichischen, der napoleonischen usw.) im europäischen Konzert.

Diese Erwägungen sind vollkommen klar und unanfechtbar. Die Marxisten haben die Fortschrittlichkeit der bürgerlich-nationalen Befreiungsbewegungen gegen die feudal-absolutistischen Kräfte niemals gelegt. A. Potressow muß wissen, daß es in den zentralen, d. h. in den bedeutendsten und wichtigsten der in den Konflikt verwickelten Staaten unserer Epoche *etwas Ähnliches nicht gibt* und auch nicht geben konnte. Damals gab es in Italien wie in Deutschland *Jahrzehnte* dauernde Volksbewegungen vom Typus nationaler Befreiungsbewegungen. Damals war es nicht so, daß die westliche Bourgeoisie gewisse andere Staatsmächte finanziell unterstützt hätte, im Gegenteil, diese Mächte waren *wirklich* das „zentrale Übel“. A. Potressow muß wissen – und er selbst gibt das im gleichen Artikel auch zu –, daß in unserer Epoche *keine einzige* unter diesen anderen Staatsmächten das „zentrale Übel“ ist und sein kann.

Die Bourgeoisie (beispielsweise die deutsche, obwohl keineswegs nur sie allein) wärmt aus eigennützigen Motiven die Ideologie der Nationalbewegungen wieder auf und versucht, sie auf die Epoche des Imperialis-

---

\* Nebenbei: A. Potressow verzichtet auf eine Entscheidung der Frage, ob Marx oder Lassalle bei der Einschätzung der Kriegsumstände von 1859 recht gehabt hat. Wir sind (entgegen Mehring) der Auffassung, daß Marx recht hatte und daß Lassalle, ebenso wie in seinem Kokettieren mit Bismarck, auch hierin Opportunist war. Lassalle paßte seine Haltung dem Sieg Preußens und Bismarcks, dem Fehlen einer ausreichenden Stoßkraft der demokratischen Nationalbewegungen in Italien und Deutschland an. Eben darin schwankte er nach der Seite einer nationalliberalen Arbeiterpolitik. Marx dagegen förderte und entwickelte eine selbständige, eine konsequent demokratische, der nationalliberalen Feigheit feindliche Politik (Preußens Einmischung gegen Napoleon im Jahre 1859 hätte der Volksbewegung in Deutschland einen Anstoß gegeben). Lassalle schaute mehr nach oben als nach unten, er vergaffte sich in Bismarck. Bismarcks „Erfolg“ ist nicht im mindesten geeignet, Lassalles Opportunismus zu rechtfertigen.

mus, d. h. auf eine vollkommen andere Epoche, zu übertragen. Hinter der Bourgeoisie zotteln, wie immer, die Opportunisten drein, die den Standpunkt der modernen Demokratie preisgeben und auf den Standpunkt der alten (bürgerlichen) Demokratie hinüberwechseln. Gerade das ist die Todsünde in allen Artikeln, in der ganzen Stellungnahme, in der ganzen Linie A. Potressows und seiner liquidatorischen Gesinnungsfreunde. Marx und Engels hatten in der Epoche der alten (bürgerlichen) Demokratie jeweils die Frage zu entscheiden, auf seiten welcher Bourgeoisie ein Sieg am ehesten erwünscht wäre, und ihr Interesse galt dabei der Entwicklung der Bewegung aus einer bescheiden liberalen zu einer stürmisch demokratischen. A. Potressow predigt in der Epoche der modernen (nichtbürgerlichen) Demokratie den bürgerlichen Nationalliberalismus, zu einer Zeit, da weder in England noch in Deutschland noch auch in Frankreich von bürgerlich-fortschrittlichen Bewegungen, weder von bescheiden liberalen noch von stürmisch demokratischen, die Rede sein kann. Marx und Engels schritten von ihrer Epoche, von der Epoche der bürgerlich-nationalen fortschrittlichen Bewegungen vorwärts, sie strebten danach, diese Bewegungen weiterzutreiben, und bemühten sich um ihre Entwicklung „über die Köpfe“ der Repräsentanten des Mittelalters hinweg.

A. Potressow strebt, wie alle Sozialchauvinisten, von seiner Epoche, von der Epoche der modernen Demokratie nach rückwärts, er springt hinüber auf den längst überlebten, toten und deshalb zuinnerst verlogenen Standpunkt der alten (bürgerlichen) Demokratie.

Höchst konfus und erzreaktionär ist daher der folgende Appell A. Potressows an die Demokratie:

„Geh nicht rückwärts, sondern vorwärts. Nicht zum Individualismus, sondern zum internationalen Bewußtsein in all seiner Geschlossenheit und in all seiner Kraft. Vorwärts, d. h. in einem gewissen Sinne auch rückwärts: zurück zu Engels, Marx und Lassalle, zu ihrer Methode der Einschätzung internationaler Konflikte; zu ihrem Verfahren, auch das internationale Handeln der Staaten in den allgemeinen Kreis der demokratischen Ausnutzung einzubeziehen.“

A. Potressow zerrt die moderne Demokratie nicht „in einem gewissen Sinne“, sondern in jedem Sinne nach rückwärts, zurück zu den Losungen und zur Ideologie der alten bürgerlichen Demokratie, zur Abhängigkeit

der Massen von der Bourgeoisie . . . Die Marxsche Methode besteht vor allem darin, daß der *objektive* Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen konkreten Augenblick, in der jeweiligen konkreten Situation berücksichtigt, daß vor allem begriffen wird, die Bewegung *welcher* Klasse die Haupttriebfeder für einen möglichen Fortschritt in dieser konkreten Situation ist. Damals, im Jahre 1859, bildete den objektiven Inhalt des geschichtlichen Prozesses auf dem europäischen Festland nicht der Imperialismus, es waren vielmehr die nationalen bürgerlichen Befreiungsbewegungen. Haupttriebfeder war die Bewegung der Bourgeoisie gegen die feudalen absolutistischen Kräfte. Der superkluge A. Potressow aber möchte 55 Jahre später, nachdem an die Stelle der reaktionären Feudalherren die ihnen ähnlich gewordenen Finanzmagnaten der bereits altersschwachen Bourgeoisie getreten sind, die internationalen Konflikte vom Standpunkt der *Bourgeoisie und nicht der neuen Klasse* einschätzen.\*

A. Potressow machte sich keine Gedanken über die Bedeutung der Wahrheit, die er in diesen Worten aussprach. Nehmen wir einmal an, zwei Länder führen miteinander Krieg in der Epoche der bürgerlichen nationalen Freiheitsbewegungen. Welchem Land soll man vom Standpunkt der modernen Demokratie den Sieg wünschen? Natürlich dem, dessen Sieg die Befreiungsbewegung der Bourgeoisie kräftiger vorwärtstreiben und stürmischer entwickeln, den Feudalismus stärker unterwühlen wird. Nehmen wir weiter an, daß das *bestimmende* Moment der objektiven geschichtlichen Situation sich geändert hat und daß an die Stelle des sich national emanzipierenden Kapitals das internationale reaktionäre, imperialistische Finanzkapital getreten ist. Angenommen, das eine Land beherrsche drei Viertel von Afrika, das andere ein Viertel. Objektiver Inhalt ihres Krieges ist die Neuaufteilung Afrikas. Welcher Seite soll man den Sieg wünschen? Die Frage so zu stellen, wie sie früher gestellt wurde, ist sinnlos, denn es fehlen uns die früheren Kriterien der Einschätzung:

---

\* „Tatsächlich“, schreibt A. Potressow, „sind gerade in dieser Periode eines vermeintlichen Stillstands im Innern eines jeden Landes gewaltige Molekularprozesse vor sich gegangen, ja, auch die internationale Lage hat sich allmählich von Grund aus verändert, denn die Politik der Kolonialerwerbungen, des kriegerischen Imperialismus ist immer augenscheinlicher zu ihrem bestimmenden Moment geworden.“

Es gibt weder eine langjährige Entwicklung der bürgerlichen Befreiungsbewegung noch einen langjährigen Untergangsprozeß des Feudalismus. Es ist nicht Sache der modernen Demokratie, dem einen Land bei der Behauptung seines „Rechts“ auf die drei Viertel von Afrika beizustehen oder dem andern (und möge es sich auch ökonomisch rascher entwickeln als das erste) bei der Besitzergreifung von diesen drei Vierteln zu helfen.

Die moderne Demokratie wird nur in dem Falle sich selbst treu bleiben, wenn sie sich keiner einzigen imperialistischen Bourgeoisie anschließt, wenn sie sagt, daß „beide das größere Übel“ sind, wenn sie in jedem Land die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisie herbeiwünscht. Jede andere Entscheidung wird in Wirklichkeit nur eine nationalliberale sein, die mit wahrer Internationalität nichts gemein hat.

Der Leser lasse sich ja nicht täuschen durch A. Potressows geschraubte Terminologie, unter der er sein Hinüberwechseln auf den Standpunkt der Bourgeoisie zu verbergen sucht. Wenn A. Potressow ausruft: „nicht zum Individualismus, sondern zum internationalen Bewußtsein in all seiner Geschlossenheit und in all seiner Kraft“, so bezweckt er damit, dem Standpunkt Kautskys seinen eigenen Standpunkt entgegenzusetzen. Die Auffassung von Kautsky (und seinesgleichen) nennt er „Individualismus“, womit er meint, daß Kautsky nicht berücksichtigen will, „auf welcher Seite ein Sieg am ehesten erwünscht wäre“, und daß Kautsky den Nationalliberalismus der Arbeiter in jedem „individuellen“ Land rechtfertigt. Wir aber, oho, wir, die A. Potressow, Tscherewanin, Maslow, Plechanow u. a. m., wir appellieren an das „internationale Bewußtsein in all seiner Geschlossenheit und Kraft“, denn wir sind für den Nationalliberalismus einer ganz bestimmten Farbe, ausgehend nicht vom individuell-staatlichen (oder individuell-nationalen), sondern vom wahrhaft internationalen Standpunkt... Diese Argumentation wäre lächerlich, wenn sie nicht so... schmachvoll wäre.

A. Potressow und Co. wie Kautsky zotteln hinter der Bourgeoisie drein, sie haben den Standpunkt der Klasse verraten, die sie so gern vertreten möchten.



## II

A. Potressow betitelte seinen Artikel: „An der Grenzscheide zweier Epochen“. Zweifellos leben wir an der Grenzscheide zweier Epochen, und die sich vor unseren Augen abspielenden höchst wichtigen geschichtlichen Ereignisse lassen sich nur begreifen, wenn man in erster Linie die objektiven Bedingungen des Übergangs von der einen Epoche zur andern analysiert. Es ist von großen geschichtlichen Epochen die Rede; in jeder Epoche gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, *welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt*. Nur auf dieser Grundlage, d. h., wenn wir in erster Linie die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener „Epochen“ (nicht aber einzelner Episoden in der Geschichte einzelner Länder) in Betracht ziehen, können wir unsere Taktik richtig aufbauen; und nur die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als Basis für die Beurteilung der mehr ins einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen.

Gerade in dieser Sphäre liegt nun auch der fundamentale Sophismus von A. Potressow und von Kautsky (dessen Artikel in der gleichen Nummer des „Nasche Delo“ abgedruckt ist) oder der fundamentale geschichtliche Fehler beider, der den einen wie den andern zu nationalliberalen, nicht aber zu marxistischen Schlußfolgerungen geführt hat.

Es handelt sich darum, daß das von A. Potressow gewählte und für ihn „besonders interessante“ Beispiel des italienischen Feldzugs von 1859 und eine ganze Reihe von Kautsky angeführter *analoger* geschichtlicher Beispiele „gerade nicht jenen geschichtlichen Epochen“ entstammen, „an deren Grenzscheide“ wir leben. Bezeichnen wir die Epoche, in die wir eben eintreten (oder bereits eingetreten sind, die sich aber noch in ihrem Anfangsstadium befindet), als die heutige (oder dritte) Epoche. Bezeich-

nen wir diejenige, die wir eben hinter uns gelassen haben, als die gestrige (oder zweite) Epoche. Dann werden wir die Epoche, der A. Potressow und Kautsky ihre Beispiele entnehmen, die vorgestrig (oder erste) Epoche nennen müssen. Der empörende Sophismus, das unerträglich Verlogene in der Argumentation sowohl von A. Potressow als auch von Kautsky liegt nun gerade darin, daß sie an Stelle der Bedingungen der heutigen (dritten) Epoche die Bedingungen der vorgestrig (ersten) Epoche unter-schieben.

Wir wollen das näher erklären.

Die übliche Einteilung der geschichtlichen Epochen, die in der marxistischen Literatur vielfach anzutreffen ist, die auch von Kautsky wiederholt angeführt und von A. Potressow in seinem Artikel angenommen wird, ist folgende: 1. 1789–1871; 2. 1871–1914; 3. 1914–?. Selbstverständlich sind die Grenzen hier, wie überhaupt alle Grenzen in Natur und Gesellschaft, bedingt und beweglich, relativ und nicht absolut. Auch wir nehmen die besonders hervorstechenden und ins Auge springenden geschichtlichen Ereignisse nur annähernd als Marksteine der großen geschichtlichen Bewegungen. Die erste Epoche, von der Großen Französischen Revolution bis zum Deutsch-Französischen Krieg, ist die Epoche des Aufstiegs und des vollen Sieges der Bourgeoisie. Es ist dies die aufsteigende Linie der Bourgeoisie, die Epoche der bürgerlich-demokratischen Bewegungen im allgemeinen und der bürgerlich-nationalen im besonderen, die Epoche, in der die überlebten feudal-absolutistischen Institutionen rasch zerbrochen werden. Die zweite Epoche ist die Epoche der vollen Herrschaft und des Niedergangs der Bourgeoisie, die Epoche des Übergangs von der fortschrittlichen Bourgeoisie zum reaktionären und erzreaktionären Finanzkapital. Es ist dies die Epoche der Vorbereitung und langsamen Kräftesammlung seitens der neuen Klasse, der modernen Demokratie. Die dritte, eben erst anbrechende Epoche bringt die Bourgeoisie in die gleiche „Lage“, in der die Feudalherren während der ersten Epoche gewesen sind. Es ist dies die Epoche des Imperialismus und der imperialistischen wie auch der durch den Imperialismus ausgelösten Erschütterungen.

Kein anderer als Kautsky selbst hat in einer ganzen Reihe von Artikeln und in seiner (1909 erschienenen) Broschüre „Der Weg zur Macht“ mit vollster Bestimmtheit die Grundzüge der anbrechenden dritten Epoche umrissen, den grundlegenden Unterschied zwischen dieser und der zwei-

ten (gestrigen) Epoche vermerkt und die Veränderung der unmittelbaren Aufgaben sowie der Bedingungen und Formen des Kampfes der modernen Demokratie anerkannt – eine Veränderung, die sich aus der Wandlung der objektiven geschichtlichen Bedingungen ergibt. Heute verbrennt Kautsky, was er angebetet hat, er wechselt in der unglaublichsten, unanständigsten, schamlosesten Weise die Front. In der genannten Broschüre spricht er direkt von den Anzeichen des Herannahens eines Krieges, und zwar gerade eines solchen Krieges, wie er 1914 zur Tatsache wurde. Man braucht nur eine Reihe von Stellen aus dieser Broschüre dem jetzigen Geschreibsel Kautskys gegenüberzustellen, um Kautskys Verrat an seinen eigenen Überzeugungen und an seinen feierlichen Erklärungen sehr anschaulich nachzuweisen. Und Kautsky ist in dieser Beziehung kein Einzelfall (schon gar nicht ein nur deutscher Fall), sondern der typische Vertreter einer ganzen Oberschicht der modernen Demokratie, die sich im Moment der Krise auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen hat.

Alle von A. Potressow und Kautsky angeführten geschichtlichen Beispiele entstammen der ersten Epoche. Den objektiven Hauptinhalt der geschichtlichen Erscheinungen in der Zeit der Kriege nicht nur von 1855, 1859, 1864, 1866 und 1870, sondern auch von 1877 (russisch-türkischer Krieg) und von 1896/1897 (türkisch-griechische Kriege und armenische Unruhen) bildeten bürgerlich-nationale Bewegungen oder „Konvulsionen“ der sich von verschiedenen Arten des Feudalismus befreienden bürgerlichen Gesellschaft. Von einem wirklich selbständigen, der Epoche der Überreife und des Niedergangs der Bourgeoisie entsprechenden Auftreten der modernen Demokratie in einer ganzen Reihe fortgeschrittener Länder konnte damals gar keine Rede sein. Die wichtigste Klasse, die sich damals, zur Zeit dieser Kriege und beteiligt an diesen Kriegen, auf der aufsteigenden Linie bewegte und die einzig und allein imstande war, mit überwältigender Kraft gegen die feudal-absolutistischen Institutionen aufzutreten, war die Bourgeoisie. In den verschiedenen Ländern, durch verschiedene Schichten von wohlhabenden Warenproduzenten repräsentiert, war diese Bourgeoisie in verschiedenem Grade fortschrittlich, mitunter sogar revolutionär (so z. B. ein Teil der italienischen Bourgeoisie im Jahre 1859), der gemeinsame Zug der Epoche aber war gerade die Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie, das heißt ihr noch nicht entschiedener, noch nicht abgeschlossener Kampf gegen den Feudalismus. Es ist ganz selbstver-

ständig, daß die Elemente der modernen Demokratie – und Marx als ihr Vertreter –, geleitet von dem unbestreitbar richtigen Prinzip der Unterstützung der fortschrittlichen (zum Kampf fähigen) Bourgeoisie gegen den Feudalismus, damals die Frage zu entscheiden hatten, „auf welcher Seite“, d. h. auf seiten welcher Bourgeoisie „ein Sieg“ am ehesten erwünscht wäre. Die Volksbewegung in den wichtigsten vom Krieg erfaßten Ländern war damals allgemein-demokratisch, d. h. ihrem ökonomischen Inhalt und ihrem Klasseninhalt nach bürgerlich-demokratisch. Es ist ganz selbstverständlich, daß damals eine andere Frage gar nicht gestellt werden konnte als eben diese, ein Sieg welcher Bourgeoisie bei welcher Kombination und bei der Niederlage welcher der reaktionären (der feudal-absolutistischen, den Aufstieg der Bourgeoisie hemmenden) Mächte der modernen Demokratie größeren „Spielraum“ in Aussicht stelle.

Dabei ließ sich Marx, wie dies sogar A. Potressow zugeben muß, bei der „Abschätzung“ internationaler Konflikte auf dem Boden der bürgerlichen und nationalen Befreiungsbewegungen von Erwägungen darüber leiten, ein Sieg welcher Seite am ehesten imstande sei, die „Entwicklung“ (S. 74 des Artikels von A. Potressow) der nationalen und überhaupt der allgemein-demokratischen Volksbewegungen zu fördern. Das bedeutet, daß es Marx bei kriegerischen Konflikten, die auf dem Boden des Aufstiegs der Bourgeoisie zur Macht in den einzelnen Nationen ausbrachen, ebenso wie im Jahre 1848 in erster Linie darauf ankam, daß sich die bürgerlich-demokratischen Bewegungen ausdehnten und verschärften, indem sich breitere und mehr „plebejische“ Massen, das Kleinbürgertum im allgemeinen, die Bauernschaft im besonderen und schließlich die besitzlosen Klassen daran beteiligten. Gerade durch diese Marxsche Erwägung über die Verbreiterung der sozialen Basis der Bewegung und über ihre Entwicklung unterschied sich denn auch die konsequent demokratische Marxsche Taktik grundlegend von der inkonsequenten, zum Bündnis mit den Nationalliberalen tendierenden Taktik Lassalles.

Die internationalen Konflikte sind auch in der dritten Epoche ihrer Form nach ebensolche internationale Konflikte geblieben wie in der ersten Epoche, aber ihr sozialer und klassenmäßiger Inhalt hat sich von Grund aus geändert. Die objektive geschichtliche Lage ist eine völlig andere geworden.

An die Stelle des Kampfes, den das aufsteigende, sich national eman-

zipierende Kapital gegen den Feudalismus geführt hatte, ist der Kampf des erzreaktionären, überholten Finanzkapitals, das sich selbst überlebt hat und dem Niedergang, dem Verfall entgegengeht, gegen die neuen Kräfte getreten. Der bürgerlich-nationale Rahmen der Staaten, der in der ersten Epoche eine Stütze für die *Entwicklung* der Produktivkräfte der Menschheit war, die sich vom Feudalismus befreite, ist jetzt, in der dritten Epoche, zu einem *Hindernis* für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Die Bourgeoisie hat sich aus einer aufsteigenden, fortschrittlichen Klasse in eine absteigende, verfallende, innerlich abgestorbene, reaktionäre Klasse verwandelt. Eine ganz andere Klasse ist – im großen geschichtlichen Maßstab – zur aufsteigenden Klasse geworden.

A. Potressow und Kautsky haben den Standpunkt dieser Klasse verlassen und sind rückwärtsgegangen, denn sie wiederholen die verlogene bürgerliche Behauptung, daß der objektive Inhalt des geschichtlichen Prozesses *auch heute* die fortschrittliche Bewegung der Bourgeoisie gegen den Feudalismus sei. In Wirklichkeit kann indes heutzutage gar keine Rede davon sein, daß die *moderne* Demokratie im Nachtrab der *reaktionären*, imperialistischen Bourgeoisie einhertrotte – ganz gleich, von welcher „Farbe“ diese Bourgeoisie auch sei.

In der ersten Epoche stand die geschichtliche Aufgabe objektiv so: Wie hat die fortschrittliche Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die *wichtigsten* Vertreter des absterbenden Feudalismus die internationalen Konflikte „auszunutzen“, damit die bürgerliche Demokratie der ganzen Welt insgesamt maximalen Nutzen daraus ziehe. Damals, in dieser ersten Epoche, vor mehr als einem halben Jahrhundert, war es natürlich und unausbleiblich, daß die vom Feudalismus unterjochte Bourgeoisie die Niederlage des „eigenen“ feudalen Unterdrückers herbeiwünschte, wobei die Zahl dieser wichtigsten feudalen Hochburgen von zentraler Bedeutung, von gesamteuropäischem Gewicht keineswegs groß war. Marx hatte „abzuschätzen“, in welchem Lande auf Grund der jeweiligen konkreten Lage (Situation) ein Sieg der bürgerlichen Befreiungsbewegung für die Schleifung der *gesamteuropäischen* feudalen Hochburg *wesentlicher* sei.

Heute, in der dritten Epoche, gibt es überhaupt keine feudalen Hochburgen von gesamteuropäischer Bedeutung mehr. Natürlich ist die Taktik des „Ausnutzens“ Aufgabe der modernen Demokratie, aber das inter-

nationale Ausnutzen muß sich – entgegen A. Potressow und Kautsky – nicht gegen einzelne nationale Finanzkapitale, sondern gegen das internationale Finanzkapital richten. Und ausnutzen soll nicht die Klasse, die vor 50 bis 100 Jahren im Aufstieg begriffen war. Damals war die Rede vom „internationalen Handeln“ (wie A. Potressow sich ausdrückt) der fortgeschrittensten bürgerlichen Demokratie; heute ist eine Aufgabe ähnlicher Art vor einer ganz andern Klasse geschichtlich emporgewachsen und ihr durch die objektive Sachlage gestellt.

### III

A. Potressow charakterisiert die zweite Epoche oder – wie er sich ausdrückt – den „fünfundvierzigjährigen Zeitabschnitt“ (1870–1914) sehr unvollständig. An der gleichen Unvollständigkeit leidet die Charakteristik dieser Epoche in Trotzki's deutscher Schrift, obwohl dieser in den praktischen Schlußfolgerungen mit A. Potressow nicht übereinstimmt (was Trotzki als Plus vor A. Potressow angerechnet werden muß) – wobei sich die beiden genannten Publizisten über die Ursache der in gewissem Grade zwischen ihnen bestehenden Verwandtschaft wohl im unklaren bleiben.

Über die Epoche, die wir die zweite oder gestrige genannt haben, schreibt A. Potressow:

„Die Beschränkung der Arbeit und des Kampfes auf das Detail und die alles durchdringende Idee der schrittweisen Entwicklung, diese Wahrzeichen der Epoche, von den einen zum Prinzip erhoben, wurden für die andern zur gewohnten Tatsache ihres Seins und gingen somit als Element in ihre Psyche, als Schattierung in ihre Ideologie ein.“ (71.) „Ihr (dieser Epoche) Talent zur planmäßig abgewogenen und vorsichtigen Vorwärtsbewegung hatte zur Kehrseite erstens die klar ausgeprägte mangelnde Anpassungsfähigkeit in Zeiten der Störung der schrittweisen Entwicklung und bei Katastrophenerscheinungen jeder Art, zweitens das vollständige Eingeschlossensein im Kreis des nationalen Handelns – des nationalen Milieus“ (72) . . . „Weder Revolution noch Kriege“ (70) . . . „Die Demokratie nationalisierte sich um so erfolgreicher, je mehr sich die Periode ihres ‚Stellungskrieges‘ hinzog, je länger jener Zeitabschnitt der europäischen Geschichte nicht von der Bühne abtrat, der . . . im Herzen Europas

keine internationalen Konflikte kannte und folglich keine über die Grenzen der nationalstaatlichen Territorien hinausgehenden Beunruhigungen durchmachte, der also Interessen von gesamteuropäischem oder weltweitem Maßstab nicht empfindlich zu spüren bekam." (75/76.)

Der Hauptmangel dieser Charakteristik, wie auch der entsprechenden Charakteristik derselben Epoche bei Trotzki, liegt in der Abneigung, die tiefen inneren Widersprüche innerhalb der modernen Demokratie, die sich auf der geschilderten Basis entwickelt hat, zu sehen und zu erkennen. Es kommt so heraus, als wäre die moderne Demokratie der gegebenen Epoche ein einheitliches Ganzes geblieben, das, allgemein gesprochen, von der Idee der schrittweisen Entwicklung durchdrungen worden sei, sich national abgeschlossen, der Störung der schrittweisen Entwicklung und der Katastrophen entwöhnt habe, verschimmelt und verflacht sei.

In Wirklichkeit konnte es sich nicht so verhalten, denn neben den erwähnten Tendenzen waren unbestreitbar andere, entgegengesetzte Tendenzen wirksam; das „Sein“ der Arbeitermassen internationalisierte sich – Landflucht und Nivellierung (Ausgleichung) der Lebensbedingungen in den großen Städten der ganzen Welt, Internationalisierung des Kapitals, Durcheinanderwürfelung der städtischen und der ländlichen, der einheimischen und der andersnationalen Bevölkerung in den großen Fabriken usw. –, die Klassengegensätze verschärften sich, die Unternehmerverbände drückten schwerer auf die Arbeiterverbände, schärfere und härtere Kampfformen, z. B. in Gestalt von Massenstreiks, kamen auf, die Lebenshaltungskosten stiegen, das Joch des Finanzkapitals wurde unerträglich usw. usf.

In Wirklichkeit verhielt es sich nicht so – das wußten wir ganz genau. Kein einziges, buchstäblich kein einziges der großen kapitalistischen Länder Europas blieb während dieser Epoche von dem Kampf zwischen den zwei gegensätzlichen Strömungen innerhalb der modernen Demokratie verschont. In jedem der großen Länder nahm dieser Kampf, ungeachtet des im allgemeinen „friedlichen“, „stagnierenden“, verschlafenen Charakters der Epoche, zuweilen die stürmischsten Formen an, die bis zu Spaltungen führten. Diese gegensätzlichen Strömungen zeigten sich in ausnahmslos allen Bereichen des vielfältigen Lebens und in allen Problemen der modernen Demokratie: im Verhältnis zur Bourgeoisie, bei Bündnissen mit den Liberalen, bei Kreditbewilligungen, in der Stellung-

nahme zur Kolonialpolitik, zu Reformen, zum Charakter des ökonomischen Kampfes, zur Neutralität der Gewerkschaften usw.

„Die alles durchdringende Idee der schrittweisen Entwicklung“ war durchaus nicht, wie es bei Potressow und Trotzki herauskommt, die ungeteilt herrschende Stimmung der ganzen modernen Demokratie. Nein, diese Idee der schrittweisen Entwicklung kristallisierte sich zu einer bestimmten Richtung heraus, die im Europa dieser Periode nicht selten gesonderte Fraktionen, mitunter sogar gesonderte Parteien innerhalb der modernen Demokratie hervorbrachte. Diese Richtung hatte ihre Führer, ihre Presseorgane, ihre Politik, ihren besonderen – und auch besonders organisierten – Einfluß auf die Massen der Bevölkerung. Damit nicht genug, suchte diese Richtung mehr und mehr ihren Stützpunkt – und fand, wenn man so sagen darf, schließlich endgültig ihren „Ruhepunkt“ – in den Interessen einer bestimmten sozialen Schicht innerhalb der modernen Demokratie.

„Die alles durchdringende Idee der schrittweisen Entwicklung“ lockte natürlich eine ganze Anzahl von kleinbürgerlichen Mitläufern in die Reihen der modernen Demokratie; weiter entstanden bei einer bestimmten Schicht von Parlamentariern, Journalisten und Beamten der Gewerkschaftsorganisationen kleinbürgerliche Besonderheiten der Lebensweise und folglich auch der politischen „Orientierung“ (der Richtung, der Bestrebungen); es sonderte sich, mehr oder minder deutlich und abgegrenzt, eine Art Bürokratie und Aristokratie der Arbeiterklasse ab.

Nehmen wir z. B. die Kolonialherrschaft, die Erweiterung der Kolonialbesitzungen. Zweifellos war dies einer der hervorstechendsten Züge der geschilderten Epoche und der Mehrzahl der Großmächte. Was bedeutete das aber ökonomisch? Eine Summe von bestimmten Extraprofiten und von besonderen Privilegien für die Bourgeoisie, sodann aber auch zweifellos die Möglichkeit, Brocken von diesem „gedeckten Tisch“ zu erhalten für eine kleine Minderheit von Kleinbürgern, ferner für wohl-situierte Angestellte und Beamte der Arbeiterbewegung u. dgl. m. Daß es eine solche „Nutznießung“ von Brocken der aus den Kolonien, aus den Privilegien entspringenden Vorteile durch eine verschwindend geringe Minderheit der Arbeiterklasse beispielsweise in England gab, ist eine unbestrittene Tatsache, die schon Marx und Engels festgestellt und aufgezeigt hatten. Was aber seinerzeit ausschließlich englische Erscheinungen



gewesen waren, wurde zur allgemeinen Erscheinung für alle großen kapitalistischen Länder Europas in dem Grade, wie alle diese Länder zur Kolonialherrschaft in großem Ausmaß übergingen, und überhaupt in dem Grade, wie sich das imperialistische Stadium des Kapitalismus entwickelte und entfaltete.

Kurzum, „die alles durchdringende Idee der schrittweisen Entwicklung“ in der zweiten (oder gestrigen) Epoche schuf nicht nur eine gewisse „mangelnde Anpassungsfähigkeit bei Störungen der schrittweisen Entwicklung“, wie A. Potressow meint, und nicht nur gewisse „possibilistische“ Tendenzen, wie Trotzki annimmt: Sie brachte eine ganze opportunistische Richtung hervor, die sich auf eine bestimmte soziale Schicht innerhalb der modernen Demokratie stützt, eine Schicht, die mit der Bourgeoisie ihrer eigenen nationalen „Farbe“ durch zahllose Fäden gemeinsamer ökonomischer, sozialer und politischer Interessen verbunden ist – sie brachte eine Richtung hervor, die jedem Gedanken an „Störungen der schrittweisen Entwicklung“ direkt, offen, völlig bewußt und systematisch feindselig gegenübersteht.

Die Wurzel einer ganzen Reihe von taktischen und organisatorischen Fehlern bei Trotzki (von A. Potressow ganz zu schweigen) liegt gerade in seiner Furcht oder Abneigung oder Unfähigkeit, diese Tatsache anzuerkennen, daß die opportunistische Richtung volle „Reife“ erlangt hat und daß sie mit den Nationalliberalen (oder dem Sozialnationalismus) unserer Tage in sehr engem, unzertrennlichem Zusammenhang steht. In der Praxis führt die Leugnung dieser tatsächlichen „Reife“ und dieses unzertrennlichen Zusammenhangs zumindest zu vollständiger Kopflosigkeit und Hilflosigkeit gegenüber dem herrschenden sozialnationalistischen (oder nationalliberalen) Übel.

Den Zusammenhang von Opportunismus und Sozialnationalismus leugnen, allgemein gesprochen, sowohl A. Potressow wie Martow, sowohl Axelrod wie Wl. Kossowski (der sich bis zur Verteidigung der deutschen nationalliberalen Bewilligung der Kriegskredite durch die Demokraten verstiegen hat) und ebenso Trotzki.

Ihr hauptsächliches „Argument“ besteht darin, daß die gestrige Scheidung der Demokratie „nach dem Opportunismus“ und ihre heutige Scheidung „nach dem Sozialnationalismus“ angeblich nicht völlig zusammenfallen. Dieses Argument ist erstens faktisch unrichtig, wie wir sofort

zeigen werden, und zweitens völlig einseitig, unvollständig, marxistisch prinzipiell nicht stichhaltig. Personen und Gruppen können wohl von der einen Seite auf die andere überlaufen – das ist nicht nur möglich, das ist sogar unausbleiblich bei jeder großen gesellschaftlichen „Erschütterung“; der Charakter einer bestimmten *Strömung* ändert sich dadurch nicht im geringsten; ebensowenig ändert sich dadurch der ideologische Zusammenhang bestimmter Strömungen und ihre Klassenbedeutung. Alle diese Gedankengänge, sollte man meinen, sind so allgemein bekannt und unbestritten, daß es geradezu etwas peinlich ist, besonders starken Nachdruck auf sie zu legen. Indessen wurden gerade diese Gedankengänge von den genannten Publizisten vergessen. Die grundlegende Klassenbedeutung – oder, wenn man will, der sozial-ökonomische Inhalt – des Opportunismus besteht darin, daß gewisse Elemente der modernen Demokratie in einer ganzen Reihe einzelner Fragen auf die Seite der Bourgeoisie übergelaufen sind (faktisch übergelaufen sind, d. h. auch wenn sie selbst sich dessen nicht bewußt sein sollten). Opportunismus ist liberale Arbeiterpolitik. Wer sich vor dem „fraktionellen“ Anstrich dieser Ausdrücke fürchtet, dem werden wir den Rat geben, sich die Mühe zu machen und einmal die Äußerungen von Marx, Engels und Kautsky (eine „Autorität“, die den Gegnern alles „Fraktionellen“ besonders zusagt, nicht wahr?), nun, sagen wir, über den englischen Opportunismus zu studieren. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß ein solches Studium zur Anerkennung der Tatsache führen wird, daß Opportunismus und liberale Arbeiterpolitik grundsätzlich und im Wesen zusammenfallen. Die grundlegende Klassenbedeutung des Sozialnationalismus unserer Tage ist genau die gleiche. Die grundlegende *Idee* des Opportunismus ist das Bündnis oder die Annäherung (zuweilen Vereinbarung, Blockbildung usw.) zwischen der Bourgeoisie und ihrem Antipoden. Die grundlegende Idee des Sozialnationalismus ist genau die gleiche. Die ideologische und politische Verwandtschaft, Verbindung, ja Identität des Opportunismus und des Sozialnationalismus unterliegt keinem Zweifel. Daß wir aber nicht Personen und nicht Gruppen, sondern gerade die Analyse des Klasseninhalts gesellschaftlicher *Strömungen* und die ideologisch-politische Untersuchung ihrer hauptsächlichen, wesentlichen Prinzipien zur Grundlage nehmen müssen, versteht sich von selbst.

Gehen wir nun an dasselbe Thema von einer etwas anderen Seite

heran, so haben wir die Frage zu stellen: *Woher* kommt der Sozialnationalismus? Wie ist er entstanden und groß geworden? Was hat ihm Bedeutung und Kraft gegeben? Wer auf diese Fragen nicht zu antworten weiß, der hat den Sozialnationalismus absolut nicht begriffen, und der ist selbstverständlich auch völlig unfähig, „sich ideologisch abzugrenzen“ von ihm, mag er auch Stein und Bein schwören, daß er zu dieser „ideologischen Abgrenzung“ vom Sozialnationalismus bereit sei.

Auf diese Frage kann es aber nur eine einzige Antwort geben: Der Sozialnationalismus ist aus dem Opportunismus hervorgegangen, und gerade dieser hat ihm Kraft verliehen. Wie konnte der Sozialnationalismus „plötzlich“ zur Welt kommen? Ganz genauso, wie ein Kind „plötzlich“ zur Welt kommt, wenn seit der Empfängnis neun Monate verstrichen sind. Jede der zahlreichen Erscheinungsformen des Opportunismus im Verlauf der zweiten (oder gestrigen) Epoche in allen europäischen Ländern war ein kleines Bächlein, die sich nunmehr alle miteinander „plötzlich“ zu dem großen, wenn auch sehr seichten (in Klammern sei noch hinzugefügt: trüben und schmutzigen) sozialnationalistischen Strom vereinigt haben. Neun Monate nach der Empfängnis muß sich die Frucht vom Mutterleib trennen; viele Jahrzehnte nach der Empfängnis des Opportunismus wird sich seine reife Frucht, der Sozialnationalismus, nach einer (im Vergleich mit den Jahrzehnten) mehr oder minder kurzen Frist von der modernen Demokratie trennen müssen. Wie sehr auch verschiedene Biedermänner über solche Gedanken und Reden schreien, zürnen und wüten mögen, so ist das doch unausbleiblich, denn es ergibt sich aus der ganzen sozialen Entwicklung der modernen Demokratie und aus der objektiven Lage der dritten Epoche.

Wenn es aber keine volle Übereinstimmung zwischen der Scheidung „nach dem Opportunismus“ und der Scheidung „nach dem Sozialnationalismus“ gibt, beweist das dann nicht, daß zwischen diesen Erscheinungen kein wesentlicher Zusammenhang besteht? Erstens beweist es das nicht, wie auch das Überlaufen einzelner Personen aus der Bourgeoisie bald zu den Feudalherren, bald auf die Seite des Volkes Ende des 18. Jahrhunderts nicht beweist, daß zwischen dem Wachstum der Bourgeoisie und der Großen Französischen Revolution von 1789 „kein Zusammenhang“ besteht. Zweitens gibt es im großen und ganzen – und es ist hier gerade vom großen und ganzen die Rede – doch eine solche Über-

einstimmung. Nehmen wir nicht ein einzelnes Land, sondern eine Reihe von Ländern, z. B. zehn europäische Länder: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Rußland, Italien, Schweden, die Schweiz, Holland und Bulgarien. Eine gewisse Ausnahme scheinen nur die drei hervorgehobenen Länder zu bilden, in den übrigen wurden durch die Strömungen entschiedener Gegner des Opportunismus gerade Strömungen erzeugt, die dem Sozialnationalismus feindlich sind. Man stelle einmal die bekannten „Monatshefte“ und ihre Gegner in Deutschland, „Nasche Delo“ und seine Gegner in Rußland, die Partei Bissolatis und ihre Gegner in Italien einander gegenüber; ebenso die Anhänger Greulichs und Grimms in der Schweiz, Brantings und Höglunds in Schweden, Troelstras und die von Pannekoek und Gorter in Holland, und schließlich die „Obachtodelzen“ und die „Tesnjaki“ in Bulgarien<sup>73</sup>. Die allgemeine Übereinstimmung zwischen der alten und der neuen Scheidung ist eine Tatsache, eine völlige Übereinstimmung aber gibt es nicht einmal bei den einfachsten Naturerscheinungen, ebenso wie es zwischen der Wolga nach der Einmündung der Kama und der Wolga vor der Einmündung der Kama keine völlige Übereinstimmung gibt oder wie es zwischen dem Kind und seinen Eltern keine völlige Ähnlichkeit geben kann. England ist eine scheinbare Ausnahme; tatsächlich gab es dort vor dem Krieg zwei Hauptströmungen, die sich um zwei Tageszeitungen gruppierten – das sicherste objektive Anzeichen für den Massencharakter einer Strömung –, nämlich um das Blatt „Daily Citizen“<sup>74</sup> bei den Opportunisten und den „Daily Herald“<sup>75</sup> bei den Gegnern des Opportunismus. Beide Zeitungen wurden von der Woge des Nationalismus überflutet; in Opposition traten jedoch weniger als ein Zehntel der Anhänger der ersteren und etwa drei Siebentel der Anhänger der letzteren. Die gewöhnliche Vergleichsmethode, bei der man nur die „Britische Sozialistische Partei“ und die „Unabhängige Arbeiterpartei“ einander gegenüberstellt, ist nicht richtig, denn man vergißt dabei den faktischen Block dieser letzteren sowohl mit den Fabiern<sup>76</sup> als auch mit der „Arbeiterpartei“<sup>77</sup>. Als Ausnahme bleiben also nur zwei Länder von zehn übrig; aber auch hier handelt es sich nicht um eine volle Ausnahme, weil nicht etwa die Richtungen ihre Plätze wechselten, sondern nur die Woge (aus so leicht begreiflichen Ursachen, daß man darauf nicht einzugehen braucht) fast sämtliche Gegner des Opportunismus überflutete. Das beweist die Stärke der Woge, ohne Zweifel, aber es

widerlegt keineswegs die allgemein-europäische Übereinstimmung zwischen der alten und der neuen Scheidung.

Man entgegnet uns, die Scheidung „nach dem Opportunismus“ sei veraltet; nur die Scheidung nach Anhängern der Internationalität und Anhängern der nationalen Beschränktheit habe Sinn. Das ist eine von Grund aus falsche Meinung. Der Begriff „Anhänger der Internationalität“ entbehrt jeden Inhalts und jeden Sinns, wenn man ihn nicht konkret entwickelt, und jeder Schritt einer solchen konkreten Entwicklung wird zur Aufzählung von Merkmalen der Feindschaft gegen den Opportunismus. In der Praxis ist das noch richtiger. Ein Anhänger der Internationalität, der nicht zugleich der konsequenteste und entschlossenste Gegner des Opportunismus ist – das wäre ein bloßes Trugbild, nicht mehr. Möglich, daß einzelne Personen von diesem Typus sich aufrichtig zu den „Internationalisten“ zählen, aber man beurteilt die Menschen nicht danach, was sie von sich selber denken, sondern nach ihrer politischen Haltung: Die politische Haltung solcher „Internationalisten“, die nicht zugleich konsequente und entschlossene Gegner des Opportunismus sind, wird immer eine Förderung oder Unterstützung der nationalistischen Strömung bedeuten. Andererseits nennen sich die Nationalisten gleichfalls „Internationalisten“ (Kautsky, Lensch, Haenisch, Vandervelde, Hyndman u. a.), und sie nennen sich nicht nur so, sondern erklären sich durchaus für internationale Annäherung, Vereinbarung und Vereinigung der Menschen und ihrer Denkweise. Die Opportunisten sind nicht gegen die „Internationalität“, sie sind nur für die internationale Billigung des Opportunismus und für die internationale Vereinbarung der Opportunisten.

. . . . .  
. . . . .  
. . . . .  
. . . . .



---

REDE IN DER AKTIVVERSAMMLUNG  
DER MOSKAUER ORGANISATION DER KPR(B)  
6. DEZEMBER 1920

Genossen! Ich habe mit großer Genugtuung, wenn auch, offen gestanden, mit Erstaunen festgestellt, daß die Frage der Konzessionen gewaltiges Interesse hervorruft. Überall werden erregte Stimmen laut, hauptsächlich aber unter den Massen. Wie soll man das verstehen, wird gefragt: Die eigenen Ausbeuter haben wir davongejagt, und nun rufen wir fremde herbei?

Warum mir diese Stimmen Genugtuung bereiten, ist klar. Wenn unter den Massen Stimmen der Befürchtung laut werden, die alten Kapitalisten könnten zurückkehren, und wenn diese Stimmen anlässlich eines so zehnt-rangigen Aktes wie des Dekrets über die Konzessionen laut werden, so ist offensichtlich das Bewußtsein dessen, wie gefährlich der Kapitalismus und mit welchen Gefahren der Kampf gegen ihn verbunden ist, noch sehr, sehr stark. Das ist natürlich ausgezeichnet, und zwar um so mehr, als die Befürchtungen, wie ich bereits erwähnt habe, von den Massen ausgehen.

Das Wesentliche in der Frage der Konzessionen ist unter dem Gesichtspunkt politischer Erwägungen — und hier gibt es sowohl politische als auch wirtschaftliche Erwägungen —, das Wesentliche in der Frage der Konzessionen ist unter dem Gesichtspunkt politischer Erwägungen die Regel, die wir nicht nur theoretisch erfaßt, sondern auch praktisch angewandt haben und die für uns lange Zeit, bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt, die Grundregel bleiben wird, nämlich daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtigkeitsgruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinander hetzen muß. Solange wir nicht die ganze

Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an die Regel zu halten, daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen den Imperialisten geschickt ausnutzen muß. Hätten wir uns nicht an diese Regel gehalten, so hingen wir alle längst zum Vergnügen der Kapitalisten an diversen Bäumen. Die wichtigste Erfahrung in dieser Hinsicht machten wir beim Abschluß des Brester Vertrags. Man darf daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß es nur solche Verträge geben könne wie die von Brest oder Versailles. Das stimmt nicht. Es gibt auch eine dritte, für uns vorteilhafte Art von Verträgen.

Brest ist dadurch bedeutsam, daß wir es hier zum erstenmal in gigantischem Maßstab, unter unermesslichen Schwierigkeiten verstanden haben, die Gegensätze zwischen den Imperialisten so auszunutzen, daß zuletzt der Sozialismus dabei gewann. Zur Zeit des Brester Friedens gab es zwei ungeheuer starke Gruppen imperialistischer Räuber: die deutsch-österreichische und die englisch-amerikanisch-französische. Sie lagen in einem erbitterten Kampf gegeneinander, der über die Geschehnisse der Welt für die nächste Zeit entscheiden sollte. Wenn wir durchgehalten haben, obwohl unsere militärische Stärke gleich Null war, obwohl wir wirtschaftlich nichts aufzuweisen hatten und uns ununterbrochen auf absteigender Linie dem Abgrund des Chaos zu bewegten; wenn wir durchgehalten haben, so geschah dieses Wunder nur, weil wir den Zwist zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Imperialismus richtig ausnutzten. Wir machten dem deutschen Imperialismus ein ungeheures Zugeständnis, und dadurch, daß wir der einen imperialistischen Gruppe Zugeständnisse machten, schützten wir uns sogleich vor den Verfolgungen beider imperialistischen Gruppen. Deutschland konnte sich weder wirtschaftlich noch politisch damit abgeben, Sowjetrußland zu erdrosseln; es hatte andere Sorgen. Wir traten ihm die Ukraine ab, aus der man Getreide und Kohle herausholen konnte, soviel man wollte, natürlich nur, wenn man sich darauf verstand und über die lebendigen Kräfte verfügte, es zu tun. Der englisch-französisch-amerikanische Imperialismus konnte nicht gegen uns vorgehen, denn wir hatten ihm von Anfang an Frieden angeboten. Jetzt erscheint in Amerika ein dickes Buch von Robins, worin dieser erzählt, man hätte mit Lenin und Trotzki Verhandlungen geführt und ihr Einverständnis zum Abschluß eines Friedens gehabt. Obzwar sie den Tschechoslowaken halfen und sie



in die Intervention hineinzogen, konnten sie selber, von ihrem eigenen Krieg in Anspruch genommen, sich nicht einmischen.

Es konnte scheinen, als wäre eine Art Block der ersten sozialistischen Republik mit dem deutschen Imperialismus gegen einen anderen Imperialismus entstanden. Aber wir haben keinerlei Block geschlossen und sind nirgends so weit gegangen, daß die sozialistische Staatsmacht gefährdet oder kompromittiert worden wäre, sondern haben den Zwist zwischen den beiden imperialistischen Gruppen so ausgenutzt, daß zuletzt beide das Spiel verloren. Deutschland hat aus dem Brester Frieden nichts herausgeholt als einige Millionen Pud Getreide, dafür aber die bolschewistische Zersetzung nach Deutschland eingeschleppt. Wir dagegen gewannen Zeit, um die Rote Armee auf die Beine zu stellen. Sogar die der Ukraine geschlagenen furchtbaren Wunden erwiesen sich als heilbar, wenn auch um einen schweren und hohen Preis. Das, worauf unsere Gegner gerechnet hatten, nämlich der baldige Zusammenbruch der Sowjetmacht in Rußland, trat nicht ein. Gerade die Zeitspanne, die uns die Geschichte als Atempause gab, nutzten wir aus, um uns so stark zu machen, daß man uns militärisch nicht bezwingen könne. Wir gewannen Tempo, gewannen ein wenig Zeit und opferten dafür lediglich sehr viel Raum. Damals wurde, wie ich mich erinnere, darüber philosophiert, daß man, um Zeit zu gewinnen, Raum opfern müsse. Und eben diese Theorie der Philosophen von Zeit und Raum wurde praktisch und politisch angewandt: Wir opferten viel Raum, gewannen dafür jedoch so viel Zeit, daß wir uns stark machen konnten. Nachher aber, als alle Imperialisten uns mit einem großen Krieg überziehen wollten, zeigte es sich, daß das unmöglich war, denn für einen großen Krieg hatten sie weder Mittel noch Kräfte. Wir brachten damals keine grundlegenden Interessen zum Opfer, wir gaben zweitrangige Interessen auf und bewahrten die grundlegenden.

Hier taucht, nebenbei bemerkt, die Frage des Opportunismus auf. Der Opportunismus besteht darin, daß man die grundlegenden Interessen opfert, um zeitweilige, teilweise Vorteile zu ergattern. Das ist der Kernpunkt, wenn man den Opportunismus theoretisch definiert. Hier haben sich viele geirrt. Gerade beim Brester Frieden haben wir, vom Standpunkt des Sozialismus gesehen, zweitrangige Interessen Rußlands geopfert, wie sie im patriotischen Sinne aufgefaßt werden. Wir brachten gewaltige Opfer, aber immerhin waren das Opfer zweiten Ranges. Die Deutschen

haßten England aus tiefstem Herzen. Sie haßten auch die Bolschewiki, aber wir warfen ihnen einen Köder hin, und sie bissen an. Sie beteuerten fortwährend, sie würden nicht so weit gehen wie Napoleon. Und wirklich, sie marschierten nicht nach Moskau, sondern nach der Ukraine und wurden dort von ihrem Schicksal ereilt. Sie glaubten, von Napoleon viel gelernt zu haben, in Wirklichkeit kam es jedoch anders. Wir aber gewannen sehr viel.

Das Beispiel des Brester Friedens hat uns viel gelehrt. Gegenwärtig stehen wir zwischen zwei Feinden. Ist es unmöglich, sie beide zu besiegen, so muß man es verstehen, seine Kräfte so zu gruppieren, daß die beiden untereinander in Streit geraten, denn wenn zwei Diebe sich streiten, ist der Ehrliche der lachende Dritte. Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen. Unsere Kräfte wachsen, und zwar sehr rasch. Ist der Brester Frieden in dieser Hinsicht eine Lehre gewesen, die wir nie vergessen werden und die, was die Schlußfolgerungen anbelangt, wirksamer ist als alles Propagieren und Predigen, so haben wir jetzt in dem Sinne gewonnen, daß wir nunmehr fest auf den Beinen stehen. Wir sind von imperialistischen Staaten umkreist, die uns Bolschewiki aus tiefstem Herzen hasen, die gewaltige Geldmittel, geistige Kräfte, die Macht der Presse usw. aufbieten und die uns nichtsdestoweniger im Laufe von drei Jahren militärisch nicht zu besiegen vermochten, obwohl wir in kriegswirtschaftlicher Hinsicht unendlich schwach sind. Wir besitzen nicht den hundertsten Teil jener Macht, über welche die vereinigten imperialistischen Staaten verfügen, und dennoch sind sie nicht imstande, uns zu erdrosseln. Sie können uns nicht erdrosseln, weil ihre Soldaten ihnen den Gehorsam verweigern. Ihre Arbeiter und Bauern, die durch den Krieg erschöpft sind, wollen keinen Krieg gegen die Sowjetrepublik. So ist jetzt die Lage, und davon muß man ausgehen. Wie sie sich in einigen Jahren gestalten wird, kann man nicht sagen, denn die westeuropäischen Staaten erholen sich von Jahr zu Jahr mehr vom Krieg.

Seit dem II. Kongreß der III. Internationale haben wir in den imperialistischen Ländern nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch festen Fuß gefaßt. In allen Ländern gibt es jetzt einen Kern, der selbständig arbeitet und selbständig arbeiten wird. Dieses Werk ist vollbracht. Aber die Schnelligkeit, das Entwicklungstempo der Revolution in den

kapitalistischen Ländern ist viel geringer als bei uns. Es lag auf der Hand, daß sich die revolutionäre Bewegung verlangsamen mußte, sobald die Völker Frieden bekamen. Daher können wir, wenn wir uns nicht damit befassen wollen, die Zukunft zu erraten, gegenwärtig nicht darauf bauen, daß dieses Tempo in ein rasches Tempo umschlagen wird. Unsere Aufgabe ist es, zu entscheiden, was in der Gegenwart getan werden muß. Die Menschen leben in einem Staat, jeder Staat aber lebt in einem System von Staaten, zwischen denen ein bestimmtes politisches Gleichgewicht besteht.

Berücksichtigt man, daß die Kapitalisten in der ganzen Welt den weit-aus größten Teil der reichsten Rohstoffquellen aufgekauft oder, wenn nicht aufgekauft, dann politisch an sich gerissen haben und daß das Gleichgewicht auf kapitalistischer Grundlage beruht, so muß man es verstehen, mit diesem Umstand zu rechnen und ihn auszunutzen. Einen Krieg können wir gegen die heutige Entente nicht führen. Unsere Agitation ist angelaufen und wird ausgezeichnet gemacht, davon sind wir überzeugt. Politisch müssen wir die Unstimmigkeiten zwischen den Gegnern ausnutzen, allerdings nur die wesentlichen, die sich aus tiefen wirtschaftlichen Ursachen erklären. Wollten wir versuchen, die kleinen, zufälligen Unstimmigkeiten auszunutzen, so würden wir in die Lage kleinlicher Politikaster und banaler Diplomaten geraten. Dabei kann man aber nichts Ernstes herausholen. Es gibt eine Unmenge von Diplomaten, die auf diese Karte setzen; sie spielen ein paar Monate mit und machen Karriere, dann brechen sie sich den Hals.

Gibt es in der heutigen kapitalistischen Welt grundlegende Gegensätze, die man ausnutzen muß? Es gibt drei grundlegende Gegensätze, die ich nennen möchte. Der erste Gegensatz, der uns am nächsten angeht, sind die Beziehungen Japans und Amerikas. Ein Krieg bereitet sich zwischen ihnen vor. Sie können an den Küsten des Stillen Ozeans nicht friedlich miteinander auskommen, obwohl sie 3000 Werst voneinander entfernt sind. Diese Rivalität entspringt unstreitig den beiderseitigen kapitalistischen Besonderheiten. Es gibt eine umfangreiche Literatur, die sich mit der Frage des kommenden japanisch-amerikanischen Krieges befaßt. Daß sich ein Krieg vorbereitet, daß er unvermeidlich ist, das steht außer Zweifel. Die Pazifisten wollen diese Frage umgehen, sie mit allgemeinen Phrasen vertuschen, aber für jeden, der die Geschichte der wirtschaftlichen Bezie-

hungen und der Diplomatie studiert, kann es nicht den leisesten Zweifel geben, daß der Krieg wirtschaftlich herangereift ist und politisch vorbereitet wird. Aus jedem Buch, das dieser Frage gewidmet ist, ersieht man ohne weiteres, daß der Krieg heranreift. Die Erde ist aufgeteilt. Japan hat kolossal viel Kolonien an sich gerissen. Japan hat 50 Millionen Einwohner und ist wirtschaftlich verhältnismäßig schwach. Amerika hat 110 Millionen Einwohner und besitzt gar keine Kolonien, obwohl es um ein vielfaches reicher ist als Japan. Japan hat China an sich gerissen, das eine Bevölkerung von 400 Millionen hat und die reichsten Kohlevorkommen der Welt besitzt. Wie kann es diese Beute festhalten? Es wäre lächerlich, zu glauben, der stärkere Kapitalismus werde dem schwächeren nicht alles entreißen, was dieser zusammengeraubt hat. Können die Amerikaner den Dingen, wie sie jetzt liegen, etwa gleichgültig zuschauen? Kann man etwa annehmen, daß die stärkeren Kapitalisten den schwächeren Kapitalisten die Beute nicht wegnehmen werden? Was würden sie dann taugen? Können wir aber bei einer solchen Lage der Dinge gleichgültig bleiben und als Kommunisten einfach erklären: „Wir werden in diesen Ländern für den Kommunismus Propaganda treiben“? Das ist richtig, das ist aber nicht alles. Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, diese Feindschaft der Kapitalisten auszunutzen und sie aufeinander zu hetzen. Hier ergibt sich eine neue Situation. Nehmen wir die zwei imperialistischen Länder Japan und Amerika. Sie wollen Krieg führen und sie werden Krieg führen um die Vormachtstellung in der Welt, um das Recht auf Raub. Japan wird Krieg führen, damit es Korea weiterhin plündern kann, das es mit unerhörter Brutalität ausraubt, wobei es die neuesten Erfindungen der Technik mit rein asiatischen Foltermethoden verbindet. Unlängst haben wir eine koreanische Zeitung erhalten, in der berichtet wird, was sich die Japaner dort leisten. Hier vereinigen sich alle Methoden des Zarismus und alle modernen Errungenschaften der Technik mit einem rein asiatischen Foltersystem, mit unerhörter Brutalität. Diesen fetten Bissen Korea wollen aber die Amerikaner den Japanern entreißen. Verteidigung des Vaterlandes in einem solchen Krieg wäre natürlich das größte Verbrechen, wäre Verrat am Sozialismus. Unterstützung des einen Landes gegen das andere wäre natürlich ein Verbrechen am Kommunismus, aber wir Kommunisten müssen das eine Land gegen das andere ausspielen. Begehen wir damit nicht ein Verbrechen am Kommunismus? Nein,

denn wir tun das als sozialistischer Staat, der kommunistische Propaganda treibt und der gezwungen ist, jede ihm durch die Umstände geschenkte Stunde zu nutzen, damit er möglichst rasch erstarkt. Wir haben begonnen, stark zu werden, aber wir werden sehr langsam stark. Die wirtschaftliche und militärische Macht Amerikas und anderer kapitalistischer Länder wächst mit verteufelter Schnelligkeit. Wie sehr wir auch unsere Kräfte anstrengen mögen, wir werden unvergleichlich langsamer wachsen.

Wir müssen die entstandene Lage ausnutzen. Darin liegt der tiefere Sinn der Konzessionen auf Kamtschatka. Zu uns kam Vanderlip, ein entfernter Verwandter des bekannten Milliardärs, wenn man ihm glauben darf, da sich aber unser Abwehrdienst in der Tscheka, der sonst ausgezeichnet funktioniert, leider noch nicht auf die Nordstaaten von Amerika erstreckt, konnten wir die Verwandtschaft dieser Vanderlips vorläufig noch nicht feststellen. Manche behaupten sogar, sie seien überhaupt nicht verwandt. Ich erlaube mir kein Urteil darüber. Meine Kenntnisse beschränken sich darauf, daß ich ein Buch von Vanderlip gelesen habe, nicht von dem Vanderlip, der bei uns war und der als ein so großer Herr geschildert wird, daß ihn alle Könige und Minister mit hohen Ehren empfangen, woraus man schließen muß, daß sein Beutel prall gefüllt ist, er aber sprach mit ihnen wie mit seinesgleichen, etwa so, wie die Leute in unseren Versammlungen miteinander reden, und ließ sich darüber aus, wie Europa wieder aufzubauen sei. Wenn die Minister so ehrerbietig mit Vanderlip sprachen, so bedeutet das, daß er Beziehungen zu Milliardären hat. Sein Buch zeigt, daß er ein Geschäftsmann ist, der sonst nichts kennt und der sich beim Anblick Europas sagt: „Es kommt wohl kaum etwas dabei heraus, und alles wird zum Teufel gehen!“ Dieses Buch ist erfüllt von Haß auf den Bolschewismus. Ein höchst interessantes Buch auch vom Standpunkt der Agitation, es ist besser als alle möglichen kommunistischen Bücher, denn seine endgültige Schlußfolgerung lautet: „Ich fürchte, dieser Kranke ist nicht zu heilen, obwohl es uns für seine Heilung weder an Geld noch an Mitteln fehlt!“

Vanderlip brachte ein Schreiben an den Rat der Volkskommissare mit. Dieses Schreiben ist sehr interessant, denn es wird darin außerordentlich offen, mit dem Zynismus und der Grobheit des amerikanischen Geldprotzen erklärt: Im Jahre 1920 sind wir sehr stark, 1923 wird unsere Flotte noch stärker sein. Unserer Macht steht jedoch Japan im Wege, und

wir werden mit ihm Krieg führen müssen. Ohne Petroleum, ohne Erdöl kann man aber keinen Krieg führen. Wenn ihr uns Kamtschatka verkauft, so verbürge ich mich, daß die Begeisterung des amerikanischen Volkes so groß sein wird, daß wir euch anerkennen. Die Präsidentenwahl wird unserer Partei im März den Sieg bringen. Wenn ihr uns dagegen Kamtschatka nur verpachtet, so erkläre ich, daß keine solche Begeisterung sein wird. — Das ist fast wörtlich der Inhalt des Briefes. Hier haben wir den Imperialismus ganz nackt vor uns, er hält es nicht einmal für nötig, sich irgendwie zu verhüllen, weil er glaubt, er sei auch so herrlich anzusehen. Als wir dieses Schreiben erhielten, sagten wir uns: Hier müssen wir mit beiden Händen zugreifen. Daß der Briefschreiber ökonomisch recht hat, beweist der Umstand, daß die Republikanische Partei in Amerika am Vorabend ihres Sieges steht. Zum erstenmal in der Geschichte Amerikas haben sich im Süden Leute gefunden, die gegen die Demokraten stimmten. Es ist demnach klar, daß wir hier eine ökonomisch richtige Betrachtung eines Imperialisten vor uns haben. Kamtschatka gehörte zum früheren Russischen Reich. Das stimmt. Wem es allerdings gegenwärtig gehört, ist nicht bekannt. Es ist vermutlich Eigentum des Staates, der sich als Fernöstliche Republik bezeichnet, aber die Grenzen dieses Staates liegen keineswegs genau fest. Man ist zwar dabei, einige Dokumente darüber abzufassen, aber erstens sind sie noch nicht geschrieben, und zweitens sind sie noch nicht bestätigt. Im Fernen Osten herrscht Japan, das dort tun und lassen kann, was ihm beliebt. Wenn wir Kamtschatka, das juristisch uns gehört, von dem faktisch aber Japan Besitz ergriffen hat, an Amerika abtreten, so ist es klar, daß wir dabei gewinnen. Das war die Grundlage meiner politischen Erwägungen, und davon ausgehend, beschlossen wir sofort, mit Amerika unbedingt einen Vertrag zu schließen. Dabei muß man natürlich feilschen, denn kein Geschäftsmann wird Achtung vor uns haben, wenn wir nicht feilschen. Gen. Rykow begann daher zu feilschen, und wir arbeiteten einen Vertragsentwurf aus. Als es aber zum Unterzeichnen kam, da erklärten wir: „Jeder weiß, wer wir sind, wer aber bist du?“ Es stellte sich heraus, daß uns Vanderlip keine Garantien bieten konnte. Da sagten wir, wir kämen ihm entgegen: Das ist ja nur ein Entwurf, und Sie haben selber gesagt, der Vertrag trete erst in Kraft, wenn Ihre Partei die Oberhand gewonnen habe. Bis jetzt hat sie aber noch nicht die Oberhand gewonnen, deshalb wollen wir abwarten,

Der Vertragsentwurf verpflichtet zu nichts, wir können jederzeit zurücktreten. In diesem Fall verlieren wir nur die Zeit, die uns die Besprechungen mit Vanderlip kosteten, und ein wenig Papier. Wir haben aber bereits jetzt etwas gewonnen. Es genügt, die europäischen Nachrichten zur Hand zu nehmen, um zu sehen, daß wir gewonnen haben. Jede Meldung, die aus Japan kommt, zeugt von größter Unruhe über die zu erwartenden Konzessionen. Japan erklärt: „Wir werden das nicht dulden, das verletzt unsere Interessen!“ — Bitte schön, besiegt Amerika, wir haben nichts dagegen einzuwenden. Wir haben, grob gesprochen, Japan und Amerika schon aufeinander gehetzt und dadurch einen Vorteil erlangt. Wir haben auch gegenüber den Amerikanern gewonnen.

Wer ist Vanderlip? Wir haben nicht festgestellt, wer er ist. Aber die kapitalistische Welt weiß Bescheid — über einfache Bürger schickt man nicht Telegramme in alle Welt hinaus. Und als er von uns wegfuhr, flogen Telegramme durch die ganze Welt. Er erzählte, daß er eine vorteilhafte Konzession bekommen habe, und stimmte überall ein Loblied auf Lenin an. Das hat eine humoristische Note, aber gestatten Sie mir, zu bemerken, daß in dieser humoristischen Geschichte ein Stückchen Politik steckt. Als Vanderlip hier alle Besprechungen beendet hatte, wünschte er eine Zusammenkunft mit mir. Ich beriet mich mit den Vertretern der zuständigen Stellen und fragte, ob ich ihn empfangen solle. Man sagte mir: „Je zufriedener er wegfährt, desto besser.“ Vanderlip kommt zu mir, und wir unterhalten uns über alle diese Dinge. Als er erzählte, daß er in Sibirien gewesen sei, daß er Sibirien kenne, daß er von Arbeitern abstamme, wie die meisten amerikanischen Milliardäre usw., daß sie nur Sinn für das Praktische hätten, daß sie erst dann etwas schätzen würden, wenn sie es gesehen hätten — da erwiderte ich: „Dann sehen Sie sich als praktischer Mann das Sowjetsystem genau an und führen Sie es bei sich ein!“ Er blickt mich an, erstaunt über diese Wendung des Gesprächs, und sagt auf russisch zu mir (die ganze Unterhaltung wurde in englischer Sprache geführt): „Vielleicht!“ Ich frage verwundert: Woher diese Kenntnis der russischen Sprache? — „Sehr einfach, ich habe einen großen Teil der sibirischen Gebiete zu Pferde bereist.“ Als wir uns verabschiedeten, sagte er: „Ich werde in Amerika sagen müssen, daß Mister Lenin (Mister heißt soviel wie Herr), daß Herr Lenin keine Hörner hat.“ Ich verstand nicht sogleich, weil ich überhaupt Englisch schlecht verstehe. — „Was haben Sie

gesagt? Wiederholen Sie es bitte.“ Er, ein lebhaftes altes Männlein, wies mit einer Handbewegung auf die Schläfen und sagte: „Keine Hörner.“ Der anwesende Übersetzer sagte: „Jawohl, so ist's!“ In Amerika sind alle überzeugt, daß hier Hörner sein müssen, d. h., die ganze Bourgeoisie behauptet, daß ich vom Teufel gezeichnet sei. — „Jetzt aber werde ich sagen müssen, daß er keine Hörner hat“, sagte Vanderlip. Unser Abschied war recht liebenswürdig. Ich sprach die Hoffnung aus, daß auf der Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht nur eine Konzession geschlossen, sondern sich auch eine gegenseitige Wirtschaftshilfe normal entwickeln werde. Und ähnliches in dieser Tonart. Dann kamen Telegramme darüber, was der aus dem Ausland zurückgekehrte Vanderlip erzählt hatte. Vanderlip verglich Lenin mit Washington und Lincoln. Vanderlip hatte mich um mein Bild mit Unterschrift gebeten. Ich hatte abgelehnt, weil man bei dieser Gelegenheit gewöhnlich schreibt: „Dem Genossen Soundso“. Ich hätte aber unmöglich schreiben können „Dem Genossen Vanderlip“. Und trotzdem trafen derartige Telegramme ein. Das zeigt, daß diese ganze Geschichte in der imperialistischen Politik eine gewisse Rolle spielte. Harding, der inzwischen zum Präsidenten gewählt worden ist, sein Amt aber erst im März kommenden Jahres antreten wird, gab beim Auftauchen der Nachrichten über die Konzessionen Vanderlips ein offizielles Dementi heraus: „Ich weiß von nichts, stehe in keinen Beziehungen zu den Bolschewiki und habe nichts von irgendwelchen Konzessionen gehört.“ Das war zur Zeit der Wahlen, und während der Wahlen zuzugeben, daß man etwas mit den Bolschewiki zu tun hat, könnte womöglich einen Stimmenverlust nach sich ziehen.

Dieses ganze Geschäft bedeutet eine Ablenkung der imperialistischen Kräfte von uns. Vorläufig sitzen die Imperialisten seufzend da und warten auf einen günstigen Augenblick, um die Bolschewiki zu erwürgen. Wir aber schieben diesen Augenblick hinaus. Als Japan sich in das koreanische Abenteuer stürzte, sagten die Japaner zu den Amerikanern: „Gewiß, wir können die Bolschewiki besiegen, aber was gebt ihr uns dafür? China? Das nehmen wir sowieso. Wir sollen also zehntausend Werst zurücklegen, um die Bolschewiki zu schlagen, während wir die Amerikaner im Rücken haben. Nein, so macht man keine Politik!“ Damals wären wir sicher von den Japanern in wenigen Wochen besiegt worden, wenn es eine zweispurige Eisenbahnlinie gegeben hätte und wenn die Amerikaner



mit Transportmitteln ausgeholfen hätten. Uns rettete der Umstand, daß Japan, das dabei war, China zu verschlingen, nicht durch ganz Sibirien nach dem Westen marschieren konnte, während es Amerika im Rücken hatte, und nicht für Amerika die Kastanien aus dem Feuer holen wollte.

Noch mehr würde uns der Umstand retten, wenn die imperialistischen Mächte sich in einen Krieg verwickelten. Wenn wir gezwungen sind, solche Halunken zu dulden wie die kapitalistischen Diebe, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, diese Messer gegeneinander zu lenken. Wenn zwei Diebe sich streiten, ist der Ehrliche der lachende Dritte. Der andere Vorteil ist rein politischer Natur. Selbst wenn diese Konzession nicht zustande kommt, so wird allein das Projekt uns Vorteil bringen. Der wirtschaftliche Vorteil ist, daß wir einen Teil der Produkte erhalten werden. Wenn die Amerikaner einen Teil der Produkte bekämen, so wäre das vorteilhaft. Auf Kamtschatka gibt es eine solche Menge von Erdöl und Erz, daß wir selber die Vorkommen nicht ausbeuten können.

Ich habe Sie auf einen Gegensatz zwischen den Imperialisten hingewiesen, den auszunutzen wir verpflichtet sind, auf den Gegensatz zwischen Japan und Amerika. Ein anderer Gegensatz ist der zwischen Amerika und der ganzen übrigen kapitalistischen Welt. Fast die ganze kapitalistische Welt der „Sieger“ hat sich am Krieg ungeheuer bereichert. Amerika ist stark, an Amerika sind jetzt alle verschuldet, von ihm hängt alles ab. Der Haß gegen Amerika wird immer größer, es plündert alle aus, und zwar auf eine sehr originelle Weise. Es besitzt keine Kolonien. England ist aus dem Kriege mit riesigen Kolonien hervorgegangen, Frankreich ebenfalls. England bot Amerika das Mandat über eine der zusammen geraubten Kolonien an — heute nennt man das so —, aber Amerika lehnte ab. Die amerikanischen Geschäftsleute urteilen offenbar anders. Sie sahen, daß der Krieg sowohl in bezug auf die Verelendung als auch in bezug auf die Stimmung der Arbeiter eine ganz bestimmte Rolle spielt, und kamen zu der Schlussfolgerung, daß die Übernahme eines Mandats für sie nicht vorteilhaft sei. Aber sie werden es natürlich nicht zulassen, daß andere Staaten diese Kolonie ausnutzen. Die ganze bürgerliche Literatur zeugt vom Anwachsen des Hasses gegen Amerika, in Amerika aber mehrten sich die Stimmen für den Abschluß eines Abkommens mit Rußland. Amerika hatte mit Koltschak einen Vertrag über die Anerkennung

und Unterstützung Koltschaks geschlossen, es ist dabei aber schon einmal elend hereingefallen und hat nur Schaden und Schande eingeheimst. Wir sehen also in Amerika den mächtigsten Staat der Welt vor uns, dessen Flotte im Jahre 1923 stärker sein wird als die englische. Dieser Staat stößt jedoch bei den anderen kapitalistischen Ländern auf einen immer größeren Haß. Diese Entwicklung der Dinge müssen wir in Rechnung stellen. Amerika kann sich nicht mit dem übrigen Europa verständigen. Das ist eine Tatsache, die durch die Geschichte bewiesen ist. Niemand hat den Versailler Vertrag so treffend geschildert, wie Keynes, ein Vertreter Englands in Versailles, es in seinem Buch getan hat. In diesem Buch verspottet er Wilson und die Rolle, die er beim Versailler Vertrag spielte. Wilson erwies sich dort als ein kompletter Narr, den Clemenceau und Lloyd George wie eine Schachfigur hin- und herschoben. Alles deutet also darauf hin, daß Amerika sich mit den anderen Ländern nicht verständigen kann, weil zwischen ihnen tiefster ökonomischer Hader herrscht, weil Amerika reicher als die anderen ist.

Alle Konzessionsfragen werden wir deshalb unter diesem Gesichtswinkel betrachten. Amerika steht unvermeidlich im Gegensatz zu den Kolonien, und wenn es versuchen sollte, sie fester anzupacken, so wird es uns dadurch zehnfach helfen. Die Empörung in den Kolonien ist auf dem Siedepunkt, und rührt man sie an, so wird man, ob man will oder nicht, ob man reich ist oder nicht — und je reicher, um so besser —, uns damit nur helfen, und die Herren Vanderlip werden sich dabei den Hals brechen. Deshalb ist dieser Hader die Grundtatsache, von der wir bei unseren Erwägungen ausgehen.

Der dritte Gegensatz ist der Gegensatz zwischen der Entente und Deutschland. Deutschland ist besiegt, vom Versailler Vertrag erdrückt, es verfügt aber über ungeheure ökonomische Möglichkeiten. Deutschland ist seiner wirtschaftlichen Entwicklung nach das zweite Land der Welt, wenn man Amerika als das erste betrachtet. Fachleute behaupten sogar, daß die Elektroindustrie Deutschlands höher stehe als die Amerikas. Und Sie wissen, was für eine gewaltige Bedeutung die Elektroindustrie hat. Was den Umfang der Anwendung der Elektrizität betrifft, so steht Amerika höher, was die technische Vollendung betrifft, Deutschland. Und einem solchen Land hat man den Versailler Vertrag aufgezwungen, der ihm die Existenz unmöglich macht. Deutschland ist eines der stärksten und fortgeschritten-

sten kapitalistischen Länder; es kann den Versailler Vertrag nicht ertragen und muß sich nach einem Verbündeten gegen den Weltimperialismus umsehen, obwohl es selbst ein imperialistisches Land ist, das jedoch niedergehalten wird.

Das sind die drei Verflechtungen, die das ganze Spiel der Imperialisten hoffnungslos verwirren. Das ist der Kern des Ganzen. Und eben deshalb müssen wir vom politischen Standpunkt aus mit vollem Herzen oder vielmehr — denn das Herz hat hier nichts zu suchen — mit klarem Verstand für Konzessionen eintreten.



## VIII. GESAMTRUSSISCHER SOWJETKONGRESS

22.–29. Dezember 1920<sup>91</sup>

*Das Referat über die Konzessionen, die Rede in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion am 24. Dezember und die Entwürfe zu den Resolutionen des Kongresses zuerst veröffentlicht 1930, der Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare und das Schlußwort dazu erschienen 1921 in dem Buch „Der VIII. Gesamtrussische Sowjetkongreß. Stenografischer Bericht“.*

*Das Referat über die Konzessionen und die Rede in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion nach dem Stenogramm, der Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare und das Schlußwort dazu nach dem Text des Buches.*

## 1

REFERAT ÜBER DIE KONZESSIONEN,  
GEHALTEN IN DER SITZUNG DER KPR(B)-FRAKTION  
DES VIII. SOWJETKONGRESSES  
21. DEZEMBER

Genossen! Nach den uns vorliegenden Informationen hat die Frage der Konzessionen überall, nicht nur in Parteikreisen und unter den Arbeitermassen, sondern auch unter den breiten Massen der Bauernschaft, nicht wenig Erregung, ja sogar Unruhe hervorgerufen. Alle Genossen wiesen darauf hin, daß nach dem Dekret vom 23. November dieses Jahres in den meisten Versammlungen, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigten, die mündlichen und schriftlichen Anfragen am häufigsten die Konzessionen betrafen und daß der Grundton sowohl dieser Anfragen als auch der Aussprachen die Befürchtung war: Die eigenen Kapitalisten haben wir davongejagt, die fremden aber wollen wir zulassen. Ich glaube, diese Befürchtungen und dieses starke Interesse für die Konzessionen, das beileibe nicht nur Parteigenossen an den Tag gelegt haben, sind ein günstiges Zeichen dafür, daß in den drei Jahren des unermesslich schweren Kampfes die Arbeiter- und Bauernmacht dermaßen erstarkt ist und die mit den Kapitalisten gemachten Erfahrungen sich so tief eingeprägt haben, daß die breiten Massen die Arbeiter- und Bauernmacht für genügend gefestigt halten, um ohne Konzessionen auszukommen, sich selber aber für genügend gewitzt, um sich ohne äußerste Notwendigkeit nicht auf irgendwelche Geschäfte mit den Kapitalisten einzulassen. Eine derartige Kontrolle von unten, derartige Befürchtungen, die von den Massen ausgehen, eine solche Erregung der außerparteilichen Kreise zeugen davon, daß die Beziehungen zwischen uns und den Kapitalisten mit außerordentlich gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Ich glaube, von dieser Seite her müssen wir solche Befürchtungen als ein Kennzeichen für die Stimmung der breiten Massen unbedingt begrüßen.

Nichtsdestoweniger werden wir, denke ich, doch zu der Überzeugung gelangen, daß man sich in der Frage der Konzessionen nicht von diesem revolutionären Instinkt allein leiten lassen darf. Nach Abwägung aller Seiten der Frage werden wir uns von der Richtigkeit der Politik überzeugen, die wir eingeschlagen haben und die darin besteht, Konzessionen anzubieten. Ich kann kurz sagen, daß das Hauptthema meines Referats oder, genauer gesagt, dieser Wiederholung der Aussprache, die ich kürzlich in Moskau mit einigen hundert verantwortlichen Funktionären<sup>92</sup> hatte — denn ein Referat habe ich nicht vorbereitet und kann ich nicht vorlegen —, daß das Hauptthema dieser Aussprache der Beweis von zwei Thesen ist, nämlich erstens, daß jeder Krieg die Fortsetzung der Politik der Friedenszeit, nur mit anderen Mitteln, ist; zweitens, daß die Konzessionen, die wir geben, die wir notgedrungen geben müssen, die Fortsetzung des Krieges in anderer Form, mit anderen Mitteln sind. Um diese beiden Thesen oder, richtiger gesagt, nur die zweite zu beweisen, denn die erste bedarf keines besonderen Beweises, werde ich mit der politischen Seite der Frage anfangen. Ich will auf die Beziehungen zwischen den modernen imperialistischen Mächten eingehen, die für das Verständnis der ganzen heutigen Außenpolitik wesentlich sind. Das ist wesentlich, wenn man verstehen will, warum wir diese Politik eingeschlagen haben.

Der Amerikaner Vanderlip übermittelte dem Rat der Volkskommissare einen Brief, worin er erklärte: „Wir Republikaner, die wir zur Partei der Republikaner Amerikas, zur Partei des großen Finanzkapitals, gehören und wohl kaum beschwert sind durch Erinnerungen an den Befreiungskrieg gegen die Südstaaten, sind jetzt nicht an der Macht.“ Das schrieb er noch vor den Wahlen, die im November stattfanden. „Wir werden im November bei den Wahlen siegen“ (nun haben sie gesiegt), „und im März wird unser Präsident sein Amt antreten. Unsere Politik wird nicht die Dummheiten wiederholen, durch die Amerika in die europäischen Angelegenheiten verwickelt wurde, wir werden unsere eigenen Interessen wahrnehmen. Unsere amerikanischen Interessen bringen uns in Konflikt mit Japan, mit Japan werden wir Krieg führen. Vielleicht ist es für Sie nicht ohne Interesse zu erfahren, daß unsere Flotte im Jahre 1923 stärker sein wird als die englische. Um Krieg zu führen, müssen wir Erdöl in unserem Besitz haben; ohne Erdöl können wir keinen modernen Krieg führen. Wir müssen nicht nur Erdöl haben, sondern müssen auch Maß-

nahmen ergreifen, damit der Gegner kein Erdöl habe. Japan befindet sich in dieser Beziehung in einer schlechten Lage. Ganz in der Nähe, bei Kamtschatka, gibt es eine Bucht (ich habe vergessen, wie sie heißt), dort sind Erdölvorkommen, und wir wollen nicht, daß die Japaner in den Besitz dieses Erdöls kommen. Wenn Sie uns dieses Gebiet verkaufen, so garantiere ich, daß unser Volk darüber so begeistert sein wird, daß wir Ihre Regierung sofort anerkennen. Verkaufen Sie dieses Gebiet nicht, sondern geben uns nur Konzessionen, so will ich nicht sagen, daß wir die Prüfung eines solchen Projekts ablehnen, aber eine Begeisterung, welche die Anerkennung der Sowjetregierung garantieren würde, kann ich nicht versprechen."

In dem Brief Vanderlips ist ohne alle Umschweife, mit unglaublichem Zynismus der Standpunkt des Imperialisten dargelegt, der klar sieht, daß ein Krieg mit Japan heranrückt, und der unumwunden, offen den Vorschlag macht: Schließt einen Pakt mit uns, dann werdet ihr gewisse Vorteile erlangen. Die Frage stand folgendermaßen: Der Ferne Osten, Kamtschatka und ein Stück Sibiriens befinden sich jetzt faktisch im Besitz Japans, da seine Streitkräfte dort schalten und walten, da uns, wie Sie wissen, die Umstände zur Bildung eines Pufferstaates in Gestalt der Fernöstlichen Republik gezwungen haben und wir sehr wohl wissen, welche maßlose Leiden die sibirischen Bauern durch den japanischen Imperialismus zu erdulden haben, welche unerhörte Unzahl von Bestialitäten die Japaner in Sibirien begangen haben. Das wissen die Genossen aus Sibirien. In den von ihnen unlängst herausgegebenen Druckschriften wird darüber ausführlich erzählt. Aber nichtsdestoweniger können wir keinen Krieg mit Japan führen und müssen alles tun, um zu versuchen, den Krieg mit Japan nicht nur hinauszuschieben, sondern ihn, wenn möglich, überhaupt zu vermeiden, denn wir sind ihm jetzt aus begreiflichen Gründen nicht gewachsen. Gleichzeitig fügt uns Japan dadurch, daß es uns vom Welthandel über den Stillen Ozean abschneidet, kolossalen Schaden zu. Unter diesen Umständen, da sich vor unseren Augen zwischen Amerika und Japan der Konflikt verschärft, der Zusammenstoß heranreift — denn um den Stillen Ozean und die Beherrschung seiner Küsten geht bereits seit vielen Jahrzehnten ein überaus hartnäckiger Kampf zwischen Japan und Amerika vor sich, und die ganze diplomatische, Wirtschafts- und Handelsgeschichte des Stillen Ozeans und seiner Küsten enthält eine Fülle



von ganz bestimmten Fingerzeigen darauf, wie dieser Zusammenstoß heranreift und einen Krieg zwischen Amerika und Japan unvermeidlich macht —, geraten wir in dieselbe Lage, in der wir uns drei Jahre lang befunden haben: Die sozialistische Republik ist umgeben von imperialistischen Ländern, die militärisch ungleich stärker sind als wir, die alle Mittel der Agitation und Propaganda ins Feld führen, um den Haß gegen die Sowjetrepublik zu steigern, die sich keine einzige Gelegenheit zur militärischen Intervention, wie sie es nennen, d. h. zur Erdrosselung der Sowjetmacht, entgehen lassen werden.

Wenn wir uns das vor Augen halten und vom Gesichtspunkt der internationalen Lage der Sowjetrepublik einen abschließenden Blick auf die verflossenen drei Jahre werfen, so wird es klar, daß wir uns nur deshalb behaupten und den ungeheuer mächtigen Bund der Ententestaaten, der von unseren Weißgardisten unterstützt wurde, besiegen konnten, weil unter diesen Mächten keine Einigkeit bestand. Wir konnten bisher nur dank der tiefen Zwietracht unter den imperialistischen Mächten siegen, nur dank dem Umstand, daß die Zwistigkeiten keine zufälligen inneren Parteizwistigkeiten waren, sondern daß es sich um einen tiefen, unausrottbaren Widerstreit der ökonomischen Interessen der imperialistischen Länder handelt, die, weil sie auf dem Boden des Privateigentums am Grund und Boden und am Kapital stehen, zwangsläufig eine solche Raubpolitik treiben müssen, bei der sich die Versuche, ihre Kräfte gegen die Sowjetmacht zu vereinigen, als fruchtlos erwiesen haben. Nehmen wir Japan, das fast ganz Sibirien besetzt hielt und natürlich jederzeit Koltschak helfen konnte. Die Hauptursache, warum Japan das nicht getan hat, ist darin zu suchen, daß seine Interessen und die Interessen Amerikas radikal auseinandergehen, daß es nicht die Kastanien für das amerikanische Kapital aus dem Feuer holen wollte. Da wir diese Schwäche kennen, konnten wir naturgemäß keine andere Politik treiben als diejenige, die es sich zur Aufgabe macht, diesen Widerstreit zwischen Amerika und Japan so auszunutzen, daß wir selber erstarken und die Möglichkeit einer Verständigung Japans und Amerikas gegen uns hinausschieben. Daß aber eine solche Verständigung möglich ist, dafür haben wir bereits ein Beispiel: In den amerikanischen Zeitungen wurde der Text eines Abkommens aller Länder veröffentlicht, die Koltschak ihren Beistand versprochen hatten.<sup>88</sup>

Gewiß, dieses Abkommen ist hinfällig, aber es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Beteiligten bei der erstbesten Gelegenheit versuchen werden, es zu erneuern. Und je mehr in die Tiefe, je bedrohlicher die kommunistische Bewegung wachsen wird, desto öfter werden sie erneute Versuche machen, unsere Republik zu erdrosseln. Daher unsere Politik der Ausnutzung des Zwistes unter den imperialistischen Mächten, um ihre Verständigung zu erschweren oder nach Möglichkeit zeitweilig zu vereiteln. Das ist seit drei Jahren die Grundlinie unserer Politik, die es notwendig gemacht hat, den Brester Frieden zu unterzeichnen, und es auch notwendig gemacht hat, den Vertrag mit Bullitt zu unterzeichnen — einen Vertrag über Frieden und Waffenstillstand, der für uns außerordentlich ungünstig ist. Diese selbe Linie gestaltet sich jetzt für uns so, daß wir nach einem Angebot, wie es die Konzessionen sind, mit beiden Händen greifen müssen. Wir überlassen Amerika jetzt Kamtschatka, das wir im Grunde genommen sowieso nicht besitzen, weil dort japanische Truppen stehen. Mit Japan den Kampf aufzunehmen sind wir gegenwärtig nicht imstande. Wir übergeben Amerika zur wirtschaftlichen Nutzung ein Gebiet, wo wir weder See- noch Landstreitkräfte haben und wohin wir auch keine schicken können. Indem wir das tun, spielen wir den amerikanischen Imperialismus gegen den japanischen Imperialismus und gegen die in unserer unmittelbaren Nähe befindliche japanische Bourgeoisie aus, die bis auf den heutigen Tag die Fernöstliche Republik in Händen hält.

Unsere Hauptinteressen bei den Verhandlungen über Konzessionen waren also die politischen Interessen. Und die Ereignisse der letzten Zeit haben ganz klar bewiesen, daß wir schon allein durch die Unterredungen über diese Konzessionen gewonnen haben. Wir haben noch keine Konzession erteilt und können sie nicht erteilen, bevor der amerikanische Präsident sein Amt antritt. Das aber wird nicht vor März der Fall sein. Außerdem behalten wir die Möglichkeit, bei detaillierter Ausarbeitung des Vertrags die Unterzeichnung abzulehnen.

Ökonomisch ist das also eine ganz untergeordnete Frage, sie erhält ihren ganzen Sinn durch das politische Interesse. Daß wir dabei gewonnen haben, beweisen alle uns bekannt gewordenen Publikationen in der Presse. Vanderlip selbst bestand darauf, daß das Projekt der Konzessionen vorläufig geheimgehalten werde. Es sollte so lange geheimgehalten werden,

bis die Republikanische Partei gesiegt haben würde. Und wir erklärten uns damit einverstanden, sowohl sein Schreiben als auch das ganze vorläufige Projekt nicht zu veröffentlichen. Es stellte sich indes heraus, daß sich ein solches Geheimnis nicht lange verbergen läßt. Kaum war Vanderlip in Amerika angekommen, da begannen auch schon alle möglichen Enthüllungen. Als Kandidat für die Präsidentenwahl in Amerika war Harding aufgestellt worden, der nun schon gesiegt hat. Dieser Harding dementierte in den Zeitungen, daß er durch Vanderlip mit der Sowjetmacht in Verbindung getreten sei. Sein Dementi war in sehr kategorischem Ton gehalten, ungefähr in der Art: Vanderlip kenne ich nicht, und eine Verbindung mit der Sowjetmacht lehne ich ab. Es ist aber vollauf verständlich, wodurch ein solches Dementi hervorgerufen worden ist. Kurz vor den Wahlen im bürgerlichen Amerika in den Ruf zu kommen, Anhänger einer Verständigung mit der Sowjetmacht zu sein, bedeutete für Harding, vielleicht einige hunderttausend Stimmen zu verlieren, und deshalb beeilte er sich, öffentlich zu erklären, daß er Vanderlip überhaupt nicht kenne. Kaum aber waren die Wahlen vorüber, da begannen wir aus Amerika Nachrichten ganz anderer Art zu erhalten. Vanderlip empfiehlt in einer Reihe von Zeitungsartikeln dringend, sich mit der Sowjetmacht zu verständigen, und in einer Zeitung schrieb er sogar, daß er Lenin mit Washington vergleiche. So ist es gekommen, daß wir in bürgerlichen Ländern Propagandisten für eine Verständigung mit uns haben, und diese Propagandisten sind nicht ein Sowjetbotschafter oder irgendwelche Journalisten, sondern Vertreter der Ausbeuter schlimmster Sorte, wie Vanderlip einer ist.

Als ich in einer Versammlung verantwortlicher Funktionäre die Gelegenheit wahrnahm, das zu erzählen, was ich jetzt erzähle, da äußerte ein Genosse, der aus Amerika zurückgekehrt war, wo er in Vanderlips Betrieben gearbeitet hatte, sein Entsetzen und erklärte, daß er eine solche Ausbeutung wie in den Betrieben Vanderlips nirgendwo sonst gesehen habe. Und nun haben wir in der Person dieses kapitalistischen Hais einen Propagandisten für Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland bekommen, und wenn wir sogar außer dem geplanten Konzessionsvertrag nichts bekämen, so könnte man dennoch sagen, daß wir dabei gewonnen haben. Wir haben eine ganze Reihe von Meldungen, natürlich vertraulicher Natur, die besagen, daß die kapitalistischen Länder die Absicht nicht auf-

gegeben haben, im Frühjahr einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland zu beginnen. Wir haben eine ganze Reihe von Nachrichten darüber, daß einige kapitalistische Mächte vorbereitende Schritte unternehmen, und man darf wohl sagen, daß die Weißgardisten in allen Staaten Vorarbeit leisten. Deshalb ist es unser Hauptinteresse, eine Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zu erlangen; dazu aber müssen wir wenigstens einen gewissen Teil der Kapitalisten auf unserer Seite haben.

In England geht seit langem ein Kampf vor sich. Wir haben schon dadurch etwas gewonnen, daß sich unter den Vertretern der schlimmsten kapitalistischen Ausbeutung Leute finden, die für eine Politik der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland eintreten. Der Vertrag mit England, das Handelsabkommen mit England ist noch nicht unterzeichnet. Krassin führt gegenwärtig in London intensive Verhandlungen über diese Frage. Die englische Regierung hat uns ihren Entwurf überreicht, wir unseren Gegenentwurf, aber trotzdem sehen wir, daß die englische Regierung das Abkommen hinauszögert, daß dort die reaktionäre Kriegspartei, die bisher die Oberhand behalten hat und die Aufnahme von Handelsbeziehungen verhindert, verstärkt am Werke ist. Unser direktes Interesse und unsere direkte Pflicht ist es, alles zu unterstützen, was geeignet ist, die Parteien und Gruppen zu stärken, die den Abschluß dieses Vertrags mit uns anstreben. In der Person Vanderlips haben wir einen solchen Anhänger bekommen. Das ist kein bloßer Zufall, das kann man nicht allein damit erklären, daß Vanderlip besonders unternehmungslustig ist oder daß Vanderlip Sibirien sehr gut kennt. Hier haben wir es mit tieferen Ursachen zu tun, und sie hängen damit zusammen, wie sich die Interessen des englischen Imperialismus entwickeln, der unglaublich viele Kolonien besitzt. Es besteht hier ein tiefer Widerstreit zwischen dem amerikanischen und dem englischen Imperialismus, und es ist unsere unbedingte Pflicht, uns darauf zu stützen.

Ich habe erwähnt, daß Vanderlip ein großer Kenner Sibiriens ist. Als unsere Verhandlungen zu Ende gingen, meinte Genosse Tschitscherin, ich solle Vanderlip empfangen, weil sich das sehr gut auf sein weiteres Auftreten in Westeuropa auswirken werde. Und obwohl die Aussicht auf eine Unterredung mit einem solchen kapitalistischen Hai gewiß nicht zu den angenehmen gehört, konnte mich, nachdem ich mich von Amts wegen sogar mit Mirbach, als er noch lebte, sehr höflich hatte unterhalten müs-

sen, natürlich auch eine Unterredung mit Vanderlip nicht schrecken. Interessant ist folgendes: Als Vanderlip und ich allerlei Liebenswürdigkeiten austauschten und er im Scherz davon zu reden anfang, daß die Amerikaner ein außerordentlich praktisches Volk seien und niemandem Glauben schenken würden, bevor sie sich mit eigenen Augen überzeugt hätten, da erwiderte ich ebenfalls halb im Scherz: „Dann sehen Sie sich jetzt an, wie gut es in Sowjetrußland ist, und führen Sie dasselbe auch bei sich in Amerika ein.“ Darauf antwortete er mir, aber nicht mehr in englischer, sondern in russischer Sprache: „Vielleicht.“ „Wie! Sie verstehen sogar Russisch?“ Darauf er: „Ich habe vor vielen Jahren fünftausend Werst in Sibirien zurückgelegt, und Sibirien hat mich außerordentlich interessiert.“ Dieser scherzhafte Austausch von Liebenswürdigkeiten mit Vanderlip endete damit, daß Vanderlip beim Weggehen erklärte: „Ja, ich muß zugeben, daß Mister Lenin keine Hörner hat, und ich werde das allen meinen Bekannten in Amerika sagen müssen.“ Es wäre natürlich gar nicht so übel, wenn die europäische Presse keine Meldungen mehr brächte, wonach die Sowjetmacht ein Ungeheuer ist und man zu ihr keine Beziehungen unterhalten kann. Wir haben die Möglichkeit erhalten, einen Stein in diesen Sumpf zu werfen, und das dank Vanderlip, der die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit uns befürwortet.

Gibt es auch nur eine einzige Meldung aus Japan, in der nicht von einer außerordentlichen Erregung in den japanischen Handelskreisen die Rede wäre? Die öffentliche Meinung Japans erklärt, sie werde ihre Interessen niemals preisgeben, sie sei gegen Konzessionsabmachungen mit der Sowjetmacht. Mit einem Wort, wir haben eine kolossale Verschärfung der Feindschaft zwischen Japan und Amerika und dadurch eine unzweifelhafte Abschwächung des japanischen und amerikanischen Drucks auf uns erzielt.

In der Versammlung verantwortlicher Funktionäre von Moskau, in der ich auf diese Tatsache hinwies, wurde in der Aussprache eine Frage folgender Art gestellt: „Es kommt also so heraus“, schrieb ein Genosse, „daß wir Japan und Amerika in einen Krieg hineintreiben, kämpfen aber werden die Arbeiter und Bauern. Das sind zwar imperialistische Staaten, aber geziemt es denn uns als Sozialisten, zwei Staaten in einen Krieg hineinzutreiben und ein Vergießen von Arbeiterblut herbeizuführen?“ Darauf antwortete ich: Wenn wir wirklich die Arbeiter und Bauern in einen Krieg

hineintrieben, so wäre das ein Verbrechen. Aber unsere ganze Politik und Propaganda ist keineswegs darauf gerichtet, die Völker in einen Krieg hineinzutreiben, sondern darauf, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Und die Erfahrung hat zur Genüge gezeigt, daß einzig und allein die sozialistische Revolution der Ausweg aus den ewigen Kriegen ist. Unsere Politik besteht also nicht darin, zum Krieg aufzuhetzen. Wir haben nichts getan, was direkt oder indirekt einen Krieg zwischen Japan und Amerika rechtfertigen würde. Unsere gesamte Propaganda und alle unsere Zeitungsartikel schaffen Aufklärung über die Wahrheit, daß ein Krieg zwischen Amerika und Japan ein ebensolcher imperialistischer Krieg sein wird, wie es der Krieg der englischen Gruppe mit der deutschen Gruppe im Jahre 1914 war, und daß es die Pflicht der Sozialisten sein wird, nicht an die Verteidigung des Vaterlands zu denken, sondern an den Sturz der Macht der Kapitalisten, an die Revolution der Arbeiter. Aber wenn wir, die wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um diese Revolution zu beschleunigen, uns in der Lage einer schwachen sozialistischen Republik befinden, die von imperialistischen Räubern überfallen wird, ist dann unsere Politik richtig, die den Zwist zwischen ihnen ausnutzt, um ihnen den Zusammenschluß gegen uns zu erschweren? Natürlich ist eine solche Politik richtig. Wir haben sie vier Jahre lang getrieben. Und die wichtigste Tatsache, in der sich diese Politik äußerte, war der Brester Vertrag. Solange der deutsche Imperialismus Widerstand leistete, konnten wir uns, indem wir die Gegensätze der Imperialisten untereinander ausnutzten, sogar zu einer Zeit behaupten, als die Rote Armee noch nicht geschaffen war.

Das ist die Lage, in der sich unsere Konzessionspolitik in bezug auf Kamtschatka herausgebildet hat. Diese Art Konzession ist ein ziemlich seltener Ausnahmefall. Ich werde später davon sprechen, wie sich die übrigen Konzessionsobjekte gestalten. Jetzt will ich mich auf die politische Seite der Frage beschränken. Ich möchte darauf hinweisen, daß in den Beziehungen zwischen Japan und Amerika die Erklärung dafür zu finden ist, warum das Angebot von Konzessionen oder die Lockung durch Konzessionen für uns vorteilhaft ist. Eine Konzession setzt diese oder jene Wiederherstellung von friedlichen Abkommen, die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen voraus, setzt die Möglichkeit voraus, daß wir damit beginnen können, die von uns benötigten Maschinen direkt im großen

einzukaufen. Und wir müssen alle Anstrengungen darauf richten, das zu erreichen. Das ist noch nicht geschehen.

Der Genosse, der die Frage nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit England stellt, fragt, warum sich die Unterzeichnung des Abkommens mit England verzögert. Ich antworte darauf: Sie verzögert sich, weil die englische Regierung schwankt. Die Mehrheit der Handels- und Industriebourgeoisie Englands ist für die Wiederaufnahme der Beziehungen und sieht klar, daß Schritte zur Unterstützung des Krieges ein außerordentliches Risiko und eine Beschleunigung der Revolution bedeuten. Gewiß erinnern Sie sich, wie uns die englische Regierung während unseres Vormarsches auf Warschau mit einem Ultimatum drohte und erklärte, sie werde ihrer Flotte Befehl erteilen, nach Petrograd auszuweichen. Und Sie erinnern sich auch, wie sich ganz England mit einem Netz von „Aktionskomitees“ bedeckte und die menschewistischen Führer erklärten, daß sie gegen den Krieg seien, daß sie diesen Krieg nicht zulassen würden. Andererseits sind der reaktionäre Teil der englischen Bourgeoisie und die Militärclique am Hofe für die Fortsetzung des Krieges. Kein Zweifel, daß die Verschleppung der Unterzeichnung des Handelsabkommens ihrem Einfluß zuzuschreiben ist. Die einzelnen Verwicklungen dieser Handelsbeziehungen mit England, dieses Vertrags über die Handelsbeziehungen mit England, will ich nicht schildern, weil mich das viel zu weit führen würde. Im Zentralkomitee der Partei mußten wir uns mit dieser heiklen Frage in der letzten Zeit sehr intensiv beschäftigen. Wir kehrten zu dieser Frage außergewöhnlich oft zurück, wobei unsere Politik ganz klar auf größte Nachgiebigkeit abgestimmt war. Unser Ziel ist gegenwärtig, ein Handelsabkommen mit England zu erlangen, damit wir einen regelmäßigeren Warenaustausch aufnehmen können und für unseren großzügigen Plan des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft die Möglichkeit erhalten, die notwendigen Maschinen schnellstens einzukaufen. Je schneller wir das tun, eine desto festere Grundlage werden wir für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von den kapitalistischen Ländern schaffen. Gerade jetzt, wo sie sich bei der militärischen Invasion in Rußland die Finger verbrannt haben, können sie nicht sofort an eine Wiederaufnahme des Krieges denken. Wir müssen die Gelegenheit beim Schopf packen und alle Kräfte darauf richten, Handelsbeziehungen zu erlangen, sei es auch um den Preis maximaler Zugeständnisse, denn an dauerhafte Handels-

beziehungen mit den imperialistischen Mächten glauben wir keinen Augenblick. Das wird eine vorübergehende Pause sein. Die Erfahrung der Geschichte der Revolutionen, der großen Konflikte lehrt, daß Kriege, daß eine Reihe von Kriegen unvermeidlich ist. Eine solche Frage aber wie die Existenz der Sowjetrepublik neben den kapitalistischen Ländern — der Sowjetrepublik in der Umkreisung der kapitalistischen Länder — ist etwas so Unzulässiges für den Kapitalismus, daß er nach jeder Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Krieges greifen wird. Jetzt sind die Völker des imperialistischen Krieges müde, sie drohen mit Empörung, wenn der Krieg fortgesetzt wird. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Kapitalisten nach Ablauf weniger Jahre den Krieg wieder aufnehmen können. Eben deshalb müssen wir alle Kräfte darauf richten, von jeder Möglichkeit, die sich bietet, Gebrauch zu machen und Handelsverträge abzuschließen.

Im Juli, als Polen die völlige Niederlage drohte, als Polen die Vernichtung durch die Rote Armee drohte, legte England den vollständigen Text eines Abkommens vor, in dem es hieß: Ihr müßt prinzipiell erklären, daß ihr keine offizielle Propaganda treiben und nichts gegen die Interessen Englands im Osten unternehmen werdet. Diese Frage wird auf einer späteren politischen Konferenz behandelt werden, jetzt aber wollen wir einen bestimmten Handelsvertrag schließen. Seid ihr bereit, zu unterzeichnen? Wir antworteten: Wir sind bereit. Wir sagen auch jetzt, daß wir dieses Abkommen unterzeichnen. Durch eine politische Konferenz werden die Interessen Englands im Osten genauer fixiert werden. Wir haben ebenfalls gewisse Interessen im Osten, und wenn es notwendig sein sollte, werden wir sie ausführlich darlegen. England kann nicht direkt erklären, daß es seinen Vorschlag vom Juli zurücknimmt. Deshalb verschleppt es die Verhandlungen und verheimlicht die Wahrheit darüber vor dem eigenen Volk. Die Verhandlungen befinden sich in einem Stadium der Ungewißheit, wir können uns nicht verbürgen, daß das Abkommen unterzeichnet wird. Höchst einflußreiche Kreise in England, die Hof- und Militärkreise, arbeiten gegen dieses Abkommen. Aber wir machen jetzt maximale Zugeständnisse und glauben, daß es in unserem Interesse ist, ein Handelsabkommen zu erlangen und möglichst schnell einiges von dem, was unerläßlich ist für die Wiederherstellung des Verkehrswesens, d. h. Lokomotiven, für den Wiederaufbau der Industrie, für die Elektrifizierung einzukaufen. Das ist für uns das allerwichtigste. Wenn wir das bekommen,



so werden wir uns in ein paar Jahren so festigen, daß sogar im schlimmsten Fall eine militärische Intervention, wenn sie nach einigen Jahren erfolgen sollte, zum Scheitern verurteilt wäre, weil wir stärker sein werden als jetzt. Unsere Politik im Zentralkomitee bewegt sich auf der Linie maximaler Zugeständnisse an England. Und wenn diese Herrschaften uns auf irgendwelche Versprechungen festnageln wollen, so erklären wir, daß unsere Regierung keinerlei offizielle Propaganda treiben wird, daß wir keinerlei Interesse Englands im Osten anzutasten gedenken. Wenn sie hoffen, dabei ihr Süppchen zu kochen, sollen sie es nur versuchen, wir werden davon nicht Schaden nehmen.

Nun komme ich zur Frage der Beziehungen zwischen England und Frankreich. Sie sind verworren. Einerseits gehören England und Frankreich dem Völkerbund an und sind verpflichtet, gemeinsam vorzugehen, anderseits gehen sie, sobald sich die Lage zuspitzt, nicht gemeinsam vor. Als Gen. Kamenew in London war und zusammen mit Krassin die Verhandlungen führte, zeigte sich das ganz klar. Frankreich war dafür, Polen und Wrangel zu unterstützen, die englische Regierung aber erklärte: „Wir werden nicht mit Frankreich zusammengehen.“ Konzessionen sind für England annehmbarer als für Frankreich, das noch von einer Bezahlung der Schulden träumt, während in England halbwegs geschäftstüchtige Kapitalisten aufgehört haben, daran zu denken. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es für uns vorteilhaft, die Zwietracht zwischen England und Frankreich auszunutzen; deshalb müssen wir auf dem politischen Angebot von Konzessionen an England beharren. Jetzt liegt der Entwurf eines Vertrags über Waldkonzessionen im Hohen Norden vor. Wir befinden uns in einer Lage, die es uns infolge des Umstands, daß zwischen England und Frankreich keine politische Einigkeit besteht, zur Pflicht macht, sogar ein gewisses Risiko einzugehen, wenn wir dadurch erreichen, daß ein militärisches Bündnis Englands und Frankreichs gegen uns erschwert wird. Ein neuer Krieg gegen uns, den England und Frankreich unterstützen, würde uns (selbst unter der Voraussetzung, daß wir ihn durchaus siegreich beenden würden, wie wir jetzt den Krieg mit Wrangel beendet haben) ungeheure Lasten aufbürden. Er würde unsere wirtschaftliche Entwicklung erschweren, würde die Lage der Arbeiter und Bauern verschlechtern. Deshalb müssen wir auf alles eingehen, was uns weniger Schaden bringt. Daß aber der Schaden, den die Konzessionen verursachen, nichts ist im Ver-

gleich zu dem, was eine Verzögerung unseres wirtschaftlichen Aufbaus und der Tod von Tausenden Arbeitern und Bauern bedeuten würde, wenn es nicht gelänge, einem Bündnis der Imperialisten standzuhalten — das ist klar. Und eines der Mittel, um ihrem Bündnis standzuhalten, sind die Verhandlungen mit England über Konzessionen. So sieht die politische Seite der Frage aus.

Nehmen wir schließlich das Verhältnis Englands und der ganzen Entente zu Deutschland. Deutschland ist, abgesehen von Amerika, das fortgeschrittenste Land. Was die Entwicklung der Elektroindustrie betrifft, so steht Deutschland in technischer Hinsicht sogar höher. Und dieses Land befindet sich, geknebelt durch den Versailler Vertrag, in unmöglichen Existenzbedingungen. Eine solche Lage drängt Deutschland natürlicherweise zu einem Bündnis mit Rußland. Als die russischen Truppen sich Warschau näherten, da brodelte es in ganz Deutschland. Ein Bündnis zwischen Rußland und diesem Land, dem die Kehle zugeschnürt worden ist, das aber die Möglichkeit hat, gewaltige Produktivkräfte in Bewegung zu setzen! — das führte in Deutschland zu einer Durchbrechung der politischen Schranken, so daß sich die deutschen Schwarzhunderter in ihrer Sympathie für die russischen Bolschewiki mit den Spartakusleuten trafen. Und das ist durchaus begreiflich, denn es hat ökonomische Ursachen, es bildet das Fundament der gesamten wirtschaftlichen Lage und unserer Außenpolitik.

Unsere Außenpolitik besteht, solange wir allein sind und die kapitalistische Welt stark ist, einerseits darin, daß wir die Differenzen ausnutzen müssen (alle imperialistischen Mächte zu besiegen wäre natürlich das angenehmste, aber wir werden noch ziemlich lange nicht imstande sein, das zu tun). Unsere Existenz hängt davon ab, daß einerseits grundlegende Differenzen zwischen den imperialistischen Mächten bestehen und anderseits der Sieg der Entente und der Frieden von Versailles die gewaltige Mehrheit der deutschen Nation zu unmöglichen Existenzbedingungen verurteilt haben. Der Frieden von Versailles hat eine solche Situation geschaffen, daß Deutschland von einer Atempause nicht einmal träumen kann, nicht davon träumen kann, daß man es nicht ausraube, ihm nicht die Existenzmittel nehme, seine Bevölkerung nicht zum Hungern und Hinsterven verdamme, und es liegt in der Natur der Dinge, daß die einzige Rettung für Deutschland ein Bündnis mit Sowjetrußland ist, worauf es

denn auch seine Blicke richtet. Sie sind wütende Feinde Sowjetrußlands, sie hassen die Bolschewiki, sie erschießen ihre eigenen Kommunisten, wie es richtiggehende Weißgardisten tun. Die deutsche bürgerliche Regierung hegt einen wütenden Haß gegen die Bolschewiki, aber die internationale Lage drängt sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Sowjetrußland. Das, Genossen, ist der zweite Eckpfeiler unserer internationalen, unserer Außenpolitik: den Völkern, die sich der kapitalistischen Unterjochung bewußt werden, zu beweisen, daß es für sie keine andere Rettung gibt als die Sowjetrepublik. Und die Tatsache, daß die Sowjetrepublik drei Jahre lang dem Ansturm der Imperialisten standgehalten hat, beweist, daß es ein Land auf der Welt gibt, nur ein Land, das sich dieser Unterjochung durch den Imperialismus erfolgreich widersetzt. Mag das ein Land von „Räubern“, „Plünderern“, „Banditen“, von Bolschewiki usw. sein, mag dem so sein, und doch kann man ohne dieses Land die wirtschaftliche Lage nicht verbessern.

In dieser Situation erlangt die Frage der Konzessionen noch eine andere Bedeutung. Vor mir liegt eine Broschüre, das Dekret vom 23. November über die Konzessionen. Sie wird an alle Teilnehmer des Kongresses verteilt werden. Wir beabsichtigen, die Broschüre über die Konzessionen im Ausland in mehreren Sprachen herauszugeben. Unser Ziel ist, unverzüglich alles zu tun, um die Bevölkerung möglichst vieler Länder für die Konzessionen zu interessieren, und zwar gerade der Länder, die am meisten unterdrückt sind. Der Interessengegensatz zwischen Japan und Amerika ist sehr groß. Sie sind nicht imstande, China sowie eine Reihe von Inseln usw. untereinander aufzuteilen. Der Interessengegensatz zwischen Deutschland und der Entente ist von anderer Art. Deutschland kann infolge der Bedingungen, die von der Entente geschaffen worden sind, unmöglich existieren. Dort stirbt das Volk dahin, weil ihm die Entente die Motoren und das Vieh wegnimmt. Diese Lage treibt Deutschland zur Annäherung an Sowjetrußland. Ich kenne nicht die Einzelheiten des Vertrags zwischen Deutschland und der Entente, aber es ist jedenfalls bekannt, daß dieser Vertrag direkte Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland untersagt. Die Existenzbedingungen zwingen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, die deutschen Schwarzhändler und Kapitalisten nicht ausgenommen, Beziehungen zu Sowjetrußland zu suchen. Es ist also klar, daß wir Konzessionen als wirtschaftliches Mittel vorschlagen müs-

sen, sogar unabhängig davon, inwieweit die Verwirklichung des Projekts gelingen wird. Das Interesse für Konzessionen ist so offensichtlich, daß wir, selbst wenn es uns nicht gelänge, auch nur eine einzige Konzession unterzubringen, selbst wenn kein einziger unserer Verträge realisiert werden sollte (noch ist das aber durchaus möglich), selbst wenn es so käme, dennoch etwas gewonnen haben würden und wir dennoch diese Politik treiben müssen, weil wir damit den imperialistischen Ländern einen Feldzug gegen uns erschweren.

Unabhängig davon müssen wir uns an alle unterdrückten Völker in ihrer Gesamtheit mit dem Hinweis wenden — und das ergibt sich aus dem Versailler Vertrag —, daß ein Häuflein Staaten anderen Völkern die Kehle zuschnürt; und diese Völker wenden sich, offen oder versteckt, bewußt oder unbewußt, um Hilfe an uns, sie gewöhnen sich jedenfalls daran, die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Bündnisses mit Sowjetrußland gegen den internationalen Imperialismus anzuerkennen. Darum gehen die Getreidekonzessionen über den Rahmen der alten bürgerlichen Konzessionen hinaus, sie sind den alten kapitalistischen Konzessionen schon nicht mehr ähnlich. Sie bleiben kapitalistische Konzessionen, insofern wir den deutschen Kapitalisten sagen: Liefert uns soundso viele Traktoren, wir werden euch dafür ausgezeichnetes Neuland und Getreide geben. Wir ziehen das Kapital durch riesige Profitmöglichkeiten an. In dieser Hinsicht bleibt die Konzession ein rein kapitalistisches Unternehmen, sie erlangt aber unermesslich größere Bedeutung, weil Deutschland, als Nation gesehen, Österreich und andere Länder nicht existieren können, weil sie eine Lebensmittelhilfe brauchen und weil das ganze Volk, einerlei, ob nun der Kapitalist einhundert oder zweihundert Prozent profitiert, weil das ganze Volk trotz der Vorurteile gegen den Bolschewismus sieht, daß die Bolschewiki ganz andere internationale Verhältnisse schaffen, die allen unterdrückten Völkerschaften die Möglichkeit geben, das imperialistische Joch abzuschütteln. Deshalb wird auf unseren Erfolg in den verflossenen drei Jahren ein noch größerer Erfolg unserer Außenpolitik im kommenden Jahr folgen. Unsere Politik schart die kapitalistischen Länder, denen der Imperialismus die Kehle zuschnürt, um die Sowjetrepublik. Darum ist dieses Angebot von Konzessionen nicht nur für die Kapitalisten von Bedeutung, darum ist das eine Hand, die nicht nur den deutschen Kapitalisten gereicht wird: „Liefert uns Hunderte Traktoren und nehmt, wenn

es sein muß, dreihundert Prozent pro Rubel“, sondern eine Hand, die den unterdrückten Völkern gereicht wird, es ist ein Bündnis der unterdrückten Massen, das ein Faktor der kommenden proletarischen Revolution ist. Die Zweifel und Befürchtungen, die noch in den fortgeschrittenen Ländern bestehen und die darauf hinauslaufen, daß Rußland eine sozialistische Revolution riskieren konnte, weil es groß ist und seine eigenen Existenzmittel hat, während sie, die Industrieländer Europas, das nicht tun können, weil sie keine Verbündeten haben, sind unbegründet. Wir sagen: „Ihr habt bereits einen Verbündeten — Sowjetrußland.“ Und wenn wir die Konzessionen realisieren, so wird das ein Bündnis sein, das den Bund gegen den Weltimperialismus festigt. Diesen Grundsatz darf man nicht außer acht lassen, er rechtfertigt unsere Politik der Konzessionen und spricht für die Notwendigkeit, diese Konzessionsverträge abzuschließen.

Weiter einige Betrachtungen rein ökonomischer Natur. Ich gehe jetzt zu den wirtschaftlichen Erwägungen über und will einige Punkte aus dem Gesetz vorlesen, obwohl ich hoffe, daß die hier anwesenden Genossen dieses Gesetz vom 23. November gelesen haben. Ich will es aber kurz ins Gedächtnis zurückrufen. Es ist dort die Rede davon, daß den Konzessionären ein Teil der Produkte als Vergütung überlassen wird, daß wir im Falle besonderer technischer Vervollkommnungen bereit sind, Handelsvergünstigungen einzuräumen, daß die Gültigkeitsdauer der Konzessionen, je nach dem Umfang und Charakter der Aufwendungen, mehr oder minder lang sein wird. Wir garantieren, daß die in das Unternehmen gesteckten Vermögenswerte nicht konfisziert und nicht requiriert werden.

Andernfalls können natürlich das Privatkapital und der Privateigentümer keine Beziehungen mit uns unterhalten. Aber hier ist die Frage der Gerichtsbarkeit ausgeschaltet worden, die zuerst im Vertragsentwurf vorgesehen war. Später erkannten wir, daß das für uns unvorteilhaft ist. Die richterliche Gewalt auf unserem Territorium bleibt somit in unseren Händen. Im Falle eines Konflikts werden unsere Richter die Entscheidung treffen. Das wird keine Requisition sein, sondern eine Ausübung der gesetzlichen Rechte unserer Gerichtsbehörden.

Der fünfte Punkt betrifft das geltende Arbeitsrecht. Mit Vanderlip war in dem ursprünglichen Vertragsentwurf vereinbart worden, daß in Gegenden, wo Völkerstämme — wir wissen nicht, welche — auf niedriger Entwicklungsstufe leben, die Arbeitsgesetze keine Anwendung finden sollen.

In diesen Gegenden sind die Arbeitsgesetze nicht anwendbar. Die Ausnahme wird darin bestehen, daß an Stelle der Arbeitsgesetze ein Sondervertrag über den Rechtsschutz der Arbeiter geschlossen wird.

Nun der letzte Punkt, in dem wir dem Konzessionär garantieren, daß eine einseitige Änderung unzulässig ist. Ohne diese Bestimmung kann natürlich von der Zulassung von Konzessionen keine Rede sein. Die Frage, was eine nicht einseitige Änderung darstellt, ist jedoch offengelassen worden. Das hängt vom Wortlaut des Vertrags über jede einzelne Konzession ab. Denkbar ist ein Schiedsgericht, das von neutralen Mächten bestellt wird. Das ist ein Punkt, der zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben kann und der bei der Festsetzung der Konzessionsbedingungen selbst einen gewissen Spielraum läßt. Es muß darauf hingewiesen werden, daß zum Beispiel die menschewistischen Arbeiterführer in der kapitalistischen Welt als zuverlässige Leute gelten. Sie gehören bürgerlichen Regierungen an, und bürgerlichen Regierungen dürfte es schwerfallen, solche Mittelsmänner oder Schiedsrichter wie die Menschewiki oder Sozialverräter der europäischen Länder abzulehnen. Die Erfahrung hat uns indessen gezeigt, daß diese amerikanischen und europäischen Herren Menschewiki bei einer halbwegs ernsten Zuspitzung der Lage nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, und sich gezwungen sehen, dem Druck der revolutionären Massen nachzugeben, obwohl sie Gegner der Revolution bleiben. Das ist eine offene Frage. Wir wollen sie nicht im voraus entscheiden.

Aus diesen Bedingungen, die ich Ihnen verlesen habe, ersehen Sie, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Konzessionären und der sozialistischen Republik bei weitem nicht fest und stabil sind. Selbstverständlich kann der Kapitalist, der das Privateigentum und die Ausbeutungsverhältnisse aufrechterhält, in der sozialistischen Republik nichts anderes als ein Fremdkörper sein. Und daraus ergibt sich eine Hauptthese meines Referats, nämlich daß die Konzessionen eine Fortsetzung des Krieges sind, nur in anderer Form. Ich werde gleich ausführlich darauf eingehen, zuerst aber möchte ich die drei Hauptarten oder -objekte der Konzessionen darlegen.

In der vorliegenden Broschüre haben wir eine Liste der wichtigsten Konzessionsobjekte aufgestellt, und die Genossen vom Obersten Volkswirtschaftsrat, die das Material zu dieser Broschüre lieferten und sie redigierten, haben Karten beigelegt, die diese Konzessionsobjekte illustrieren.

Auf diesen Karten sieht man, daß sich die Konzessionsobjekte in drei Hauptarten gliedern: erstens Waldkonzessionen im Hohen Norden, zweitens Getreidekonzessionen und drittens Bergbaukonzessionen in Sibirien.

Klar auf der Hand liegt unser wirtschaftliches Interesse an den Waldkonzessionen im Hohen Norden des Europäischen Rußlands, wo es Dutzende und Hunderte von Millionen Desjatinen Wald gibt, den zu verwerten wir wegen der fehlenden Verkehrswege und Produktionsmittel, wegen der Unmöglichkeit, für die dortigen Arbeiter Lebensmittel heranzuschaffen, völlig außerstande sind, während ein Staat mit einer starken Flotte die Möglichkeit hätte, riesige Mengen von Holz regelrecht zu schlagen, aufzubereiten und abzutransportieren.

Wenn wir den Warenaustausch mit dem Ausland wollen — und wir wollen ihn, wir sehen seine Notwendigkeit ein —, so sind wir hauptsächlich daran interessiert, von den kapitalistischen Ländern möglichst schnell diejenigen Produktionsmittel (Lokomotiven, Maschinen, elektrische Apparate) zu erhalten, ohne die wir unsere Industrie halbwegs ernsthaft nicht wiederherstellen können, ja manchmal überhaupt nicht wiederherstellen können, weil die notwendigen Maschinen für unsere Fabriken nicht zu beschaffen sind. Es gilt, den Kapitalismus durch hohe Profite zu bestechen. Er wird Überprofite einheimsen. Zum Teufel damit, mit diesen Überprofiten. Wir werden das Wesentliche erhalten, mit dessen Hilfe wir erstarcken, endgültig auf die Beine kommen und den Kapitalismus ökonomisch besiegen werden. Um die besten Maschinen usw. zu erhalten, müssen wir zahlen. Womit zahlen? Wir haben einen Goldfonds von einigen Millionen, der uns geblieben ist. In dem speziellen Plan der Elektrifizierung Rußlands werden Sie sehen, daß dieser Plan, der auf Jahrzehnte berechnet ist, nebst der zusätzlichen Arbeit zur Wiederherstellung der Industrie, nach annähernder Berechnung die Verausgabung von etwa 17 Milliarden Goldrubel erfordert. Die Elektrifizierung allein wird unmittelbar über eine Milliarde Goldrubel kosten. Das können wir aus unserm Goldfonds nicht decken. Lebensmittel auszuführen ist für uns im höchsten Grade unerwünscht und gefährlich, weil wir nicht genug Lebensmittel haben, um unsere eigene Industrie völlig sicherzustellen. Wir müssen indes die Mittel aufbringen. Und hier gibt es für uns in wirtschaftlicher Hinsicht kein geeigneteres Objekt als die Wälder im Hohen Norden, von denen wir ungeheure Massive besitzen. Sie verfaulen dort und gehen

zugrunde, weil wir wirtschaftlich nicht imstande sind, sie auszubeuten. Dabei ist Holz auf dem Weltmarkt von außerordentlich hohem Wert. In dieser Beziehung ist der Hohe Norden für uns auch politisch günstig, weil das ein entlegenes Randgebiet ist. Diese Konzession ist für uns sowohl politisch als auch ökonomisch günstig, und wir müssen sie am stärksten vorantreiben. Miljutin hat in der Moskauer Beratung, von der ich Ihnen berichtet habe, mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit England über diese Konzession im nordeuropäischen Rußland voranschreiten. Dort gibt es mehrere Dutzend Millionen Desjatinen Wald. Wenn wir drei oder fünf Millionen Desjatinen Wald in Schachbrettordnung an Konzessionäre vergeben und uns dadurch die Ausnutzung technisch hochstehender Betriebe sichern, die Möglichkeit sichern, zu lernen, indem wir uns die Mitarbeit unserer Techniker ausbedingen, dann gewinnen wir für uns viel und erschweren den kapitalistischen Staaten, die sich mit uns in ein Geschäft eingelassen haben, militärische Unternehmungen gegen uns; denn ein Krieg bricht alle Verträge, im Falle eines Krieges würden die Bauten, die Anlagen, die Verkehrswege in unseren Besitz übergehen. Eventuelle Unternehmungen neuer Koltschaks, Denikins usw. gegen uns würden dadurch nicht erleichtert.

Die zweite Art der Konzessionen sind die Getreidekonzessionen. Abgesehen von Westsibirien, wo es Riesenflächen erstklassigen Bodens gibt, die uns nicht zugänglich sind, da sie von den Verkehrswegen weitab liegen, gibt es allein im Europäischen Rußland und längs des Uralflusses — unser Volkskommissariat für Landwirtschaft ließ eine entsprechende Untersuchung anstellen, die ergab, daß der Umfang der Ländereien, die wir nicht bearbeiten können, nicht weniger als 3 Millionen Desjatinen längs des Uralflusses beträgt; es sind dies Ländereien, die infolge der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges von den Kosaken aufgegeben wurden — ausgezeichneten Boden, den man unter den Pflug nehmen muß, den wir aber aus Mangel an Vieh und angesichts der geschwächten Produktivkräfte nicht bearbeiten können.

In den Sowjetwirtschaften des Dongebiets haben wir an die 800 000 Desjatinen Land, die wir nicht bestellen können und zu deren Bestellung riesige Mengen Vieh oder ganze Traktorenkolonnen notwendig wären, die wir nicht einzusetzen vermögen, während einige kapitalistische Länder, darunter solche, die dringend Lebensmittel brauchen, wie Österreich,



Deutschland und Böhmen, sie einsetzen und in einer Sommersaison vorzüglichen Weizen erhalten könnten. Wie weit es uns gelingen wird, das zu realisieren, wissen wir nicht. Bei uns arbeiten jetzt zwei Traktorenwerke, in Moskau und in Petrograd, aber angesichts der schwierigen Verhältnisse können sie nicht sehr viele Traktoren liefern. Wir könnten die Lage durch den Ankauf einer größeren Menge von Traktoren erleichtern. Traktoren sind das wichtigste Mittel für die radikale Umgestaltung des alten Ackerbaus und für die Erweiterung der Anbaufläche. Durch diese Konzessionen könnten wir einer ganzen Reihe von Ländern zeigen, daß wir imstande sind, die Weltwirtschaft kolossal zu entwickeln.

Sollten unsere Propaganda und unser Angebot nicht von Erfolg gekrönt sein, sollte unser Angebot nicht angenommen werden, so würden wir dennoch Nutzen davon haben, nicht nur politisch, sondern auch für den Sozialismus. Was in der kapitalistischen Welt vor sich geht, ist nicht nur Raubbau, sondern Wahnsinn und Verbrechen, denn in einigen Ländern ist ein Überfluß an Lebensmitteln zu beobachten, die wegen der Währungsrevolutionen nicht verkauft werden können, weil in einer ganzen Reihe von besiegten Ländern das Geld entwertet ist. Es verfaulen riesige Mengen von Lebensmitteln, während gleichzeitig in solchen Ländern wie Deutschland Millionen und aber Millionen Menschen buchstäblich zugrunde gehen. Dieser Widersinn, dieses Verbrechen des Kapitalismus wird augenfällig für alle kapitalistischen Länder, auch für die kleinen Länder, die Rußland umgeben. Da tritt die Sowjetrepublik auf den Plan und erklärt: „Wir haben Hunderttausende ausgezeichnete Landstücke, die man mit Traktoren urbar machen kann, ihr aber habt Traktoren, ihr habt Benzin, und ihr habt geschulte Techniker. Und nun schlagen wir allen Völkern vor, darunter auch den Völkern der kapitalistischen Länder, die Wiederherstellung der Volkswirtschaft und die Rettung aller Völker von der Hungersnot zum Eckstein der Politik zu machen.“ Wenn die Kapitalisten das nicht begreifen, so ist das ein Beweis dafür, wie verfault, wahnwitzig und verbrecherisch die kapitalistische Ordnung ist. Das wird nicht allein propagandistische Bedeutung haben, das wird ein kommunistischer Aufruf zur Revolution sein, denn es zeigt mit einer Bestimmtheit, die sich dem Bewußtsein aller Völker immer stärker einprägt, daß der Kapitalismus zusammenbricht, daß er die Bedürfnisse nicht befriedigen kann. Eine winzige Minderheit imperialistischer Länder bereichert sich, während eine

ganze Reihe anderer Länder direkt am Rande des Untergangs steht. Die Weltwirtschaft bedarf einer Reorganisation. Und die Sowjetrepublik legt einen Reorganisationsplan vor, sie macht einen durchaus sachlichen, unanfechtbaren, durchführbaren Vorschlag: „Ihr sterbt Hungers unter dem Kapitalismus, trotz des ungeheuren technischen Reichtums. Wir haben die Möglichkeit, der Krise ein Ende zu setzen, indem wir eure Technik mit unserem Rohstoff verbinden, aber die Kapitalisten stehen im Wege. Wir schlagen ihnen vor, das zu tun, sie aber bremsen und sabotieren.“ Das ist die zweite Art der Konzessionen, die Getreide- oder Traktorenkonzession.

Die dritte Art der Konzessionen sind die Bergbaukonzessionen. Sie sind auf der Karte Sibiriens aufgezählt, wo jede Gegend genau angegeben ist, von der in der Konzession die Rede ist. Die Bodenschätze Sibiriens sind schlechthin unermesslich, und sogar im günstigsten Falle, bei sehr erfolgreicher Arbeit, könnten wir im Laufe einiger Jahre nicht einmal ein Hundertstel von ihnen ausbeuten. Sie befinden sich in einem solchen Zustand, daß die beste Maschinenausrüstung erforderlich ist. Es gibt hier solche Bodenschätze wie Kupfererz, das die kapitalistischen Länder, in denen ein Heißhunger nach diesen Erzeugnissen herrscht, für die Elektroindustrie dringend benötigen. Werden richtige Beziehungen zu uns angebahnt, so besteht die Möglichkeit, die Weltwirtschaft wiederherzustellen und die Technik in der ganzen Welt zu heben.

Die Realisierung dieser Konzessionen ist natürlich schwer, d. h., sie bereitet größere Schwierigkeiten als die der Wald- und Getreidekonzessionen. Bei den Getreidekonzessionen handelt es sich um kurzfristige Traktorenkampagnen. Die Waldkonzessionen sind ebenfalls nicht allzu schwer zu realisieren, um so mehr, als das unzugängliche Objekte für uns sind; die Bergbaukonzessionen dagegen liegen zum Teil nahe der Eisenbahn, zum Teil in sehr stark bevölkerten Gegenden. Hier besteht eine große Gefahr, und wir werden sehr sorgsam erwägen, ob wir solche Konzessionen geben, und werden bestimmte Bedingungen stellen, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Konzessionen einen neuen Krieg darstellen. Die Kapitalisten kommen zu uns, um einen neuen Krieg zu führen, die bloße Existenz der Kapitalisten ist schon ein Krieg gegen die sozialistische Welt. Kapitalistische Wirtschaftsbetriebe im sozialistischen Staat — das ist ein Krieg für den freien Handel, gegen die Politik der Ablieferungspflicht, ein Krieg für das Privateigentum, gegen die Republik, die dieses Eigentum

abgeschafft hat. Und aus dieser ökonomischen Wurzel erwächst eine ganze Reihe von Wechselbeziehungen (ähnlich dem Kriegszustand zwischen der „Sucharewka“<sup>94</sup> und unseren Institutionen). Man könnte uns vorwerfen, daß wir die „Sucharewka“ schließen und eine Reihe neuer „Sucharewkas“ eröffnen, indem wir Kapitalisten ins Land lassen. Wir schließen nicht die Augen davor, meinen aber, wenn wir bisher gesiegt haben, und zwar gesiegt haben, als unsere Feinde alle Minen springen ließen, um unsere Vorhaben zu vereiteln, als diese Minen von innen und von außen zugleich gelegt wurden, dann sollten wir es auch fertigbringen, an bestimmten Abschnitten, unter bestimmten Bedingungen und Verhältnissen, die wir haben werden, zurechtzukommen und achtzugeben. Wir haben praktische Erfahrungen im Kampf gegen die militärische Spionage, gegen die kapitalistische Sabotage. Wir haben gekämpft, als sich die Feinde in unseren eigenen Institutionen versteckt hielten. Warum sollten wir die Lage nicht meistern können, wenn Kapitalisten auf Grund bestimmter Listen, unter bestimmten Bedingungen, in unser Land gelassen werden? Wir wissen natürlich, daß sie diese Bedingungen verletzen werden, und wir werden gegen diese Verletzungen kämpfen. Aber Konzessionen nach kapitalistischen Grundsätzen — das ist Krieg, Genossen. Solange wir das Kapital in den anderen Ländern nicht gestürzt haben, solange es weit stärker ist als wir, wird es seine Kräfte jederzeit gegen uns richten und neuerdings Krieg gegen uns führen können. Darum müssen wir uns stärker machen, dazu ist es aber nötig, die Großindustrie zu entwickeln und das Verkehrswesen zu heben. Indem wir das tun, gehen wir ein Risiko ein, hier erneuern sich die Kriegsverhältnisse, erneuert sich der Kampf, und wenn die Kapitalisten unsere Politik zu hintertreiben suchen, werden wir gegen sie Krieg führen. Es wäre ein schwerer Fehler, zu glauben, daß ein friedlicher Vertrag über Konzessionen ein Friedensvertrag mit den Kapitalisten sei. Das ist ein Vertrag, der Krieg bedeutet, aber ein Vertrag, der weniger gefährlich ist für uns, der auch weniger schwer ist für die Arbeiter und Bauern, weniger schwer als zu der Zeit, da man die besten Tanks und Kanonen gegen uns einsetzte. Deshalb müssen wir alle Methoden anwenden, um dahin zu gelangen, daß wir um den Preis wirtschaftlicher Zugeständnisse unsere ökonomischen Kräfte entfalten und unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau erleichtern. Die Kapitalisten werden natürlich die Verträge nicht einhalten, sagen die Genossen, denen vor den Konzessionen bange ist. Selbstver-

ständig darf man sich keinesfalls in der Hoffnung wiegen, daß die Kapitalisten die Verträge einhalten werden. Das wird Krieg sein, und das letzte Argument, das überhaupt als Argument gegenüber der sozialistischen Republik übrigbleibt, ist der Krieg.

Dieser Krieg bedroht uns gegenwärtig stündlich. Wir führen Friedensverhandlungen mit Polen, und wir haben alle Aussichten, daß der Frieden unterzeichnet wird, oder zumindest, um genauer zu sein, sehr große Aussichten, daß dieser Frieden geschlossen wird. Aber daß die Sawinkow und die französischen Kapitalisten dahin arbeiten, diesen Vertrag zu vereiteln, steht außer Zweifel. Ein Krieg ist, wenn nicht heute, so morgen, seitens der Kapitalisten möglich, und sie würden ihn am liebsten schon jetzt beginnen, wenn sie nicht durch dreijährige Erfahrung gewitzigt wären. Konzessionen sind ein gewisses Risiko. Konzessionen bedeuten Einbußen. Konzessionen sind eine Fortsetzung des Krieges. Daran ist nicht zu zweifeln, aber dieser Krieg ist für uns vorteilhafter. Sobald wir ein gewisses Minimum an Produktionsmitteln, an Lokomotiven und Maschinen, erhalten haben, werden wir in wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr das sein, was wir bisher waren, und dann werden uns die imperialistischen Länder noch weniger gefährlich sein.

Man sagte uns, die Konzessionäre würden Ausnahmebedingungen für ihre Arbeiter schaffen, sie würden bessere Kleidung, besseres Schuhwerk, bessere Lebensmittel für sie bereitstellen. Auf diese Weise würden sie Propaganda unter unseren Arbeitern treiben, die Entbehrungen ertragen müssen und noch lange Zeit ertragen werden. Es wäre dann so, daß wir eine sozialistische Republik hätten, in der die Arbeiter darben, und daneben eine kapitalistische Insel, wo die Arbeiter ausgezeichnet leben. Solche Befürchtungen kann man sehr oft in unseren Parteiversammlungen hören. Gewiß bleibt eine derartige Gefahr bestehen, und sie zeigt, daß die Konzession eine Fortsetzung des Krieges ist und nicht Frieden. Wenn wir indes viel größere Entbehrungen ertragen und gleichzeitig gesehen haben, daß trotzdem Arbeiter aus den kapitalistischen Ländern zu uns kommen, obwohl sie wissen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie in Rußland erwarten, viel schlechter sind, sollten wir da wirklich nicht imstande sein, uns gegen eine solche Propaganda durch unsere Gegenpropaganda zu schützen? Sollten wir da wirklich den Arbeitern nicht beweisen können, daß der Kapitalismus natürlich gewissen Gruppen seiner Arbeiter

bessere Lebensbedingungen schaffen kann, daß aber die Lage der übrigen Arbeitermassen dadurch nicht gebessert wird? Und schließlich, warum haben bei jeder Berührung mit dem bürgerlichen Europa und Amerika immer wir gewonnen und nicht sie? Warum fürchten sie bis auf den heutigen Tag, Delegationen zu uns zu schicken, wir zu ihnen aber nicht? Bisher haben wir von den Delegationen, die sie zu uns schickten, stets einen, wenn auch vielleicht kleinen Teil auf unsere Seite herübergezogen, obwohl die Delegationen hauptsächlich aus menschwistischen Elementen bestanden und diese Leute nur für kurze Zeit zu uns kamen. Und wir sollen uns fürchten, daß wir nicht imstande sein werden, den Arbeitern die Wahrheit zu erklären?! Wir wären Jammerlappen, wenn wir davor Angst hätten, wenn wir diese Erwägungen höher stellten als das direkte Interesse, das bei den Konzessionen am höchsten zu stehen hat. Die Lage unserer Bauern und Arbeiter ist nach wie vor schwer. Man muß sie verbessern. Darüber kann es bei uns keinerlei Zweifel geben. Ich denke, wir sind uns einig darüber, daß die Politik der Konzessionen auch eine Politik der Fortsetzung des Krieges ist. Aber unsere Aufgabe ist es, die Existenz der isolierten sozialistischen Republik, die von kapitalistischen Feinden umringt ist, zu behaupten; die Republik, die unvergleichlich schwächer ist als die kapitalistischen Feinde ringsum, unversehrt zu erhalten; dadurch den Feinden die Möglichkeit zu nehmen, sich miteinander zum Kampf gegen uns zu verbünden; ihre Politik zu vereiteln und ihnen keine Gelegenheit zu geben, den Sieg zu erringen. Unsere Aufgabe ist es, Rußland die notwendigen Werkzeuge und Mittel zum Wiederaufbau der Wirtschaft zu sichern; denn wenn wir das erreichen, werden wir so fest auf den Füßen stehen, daß wir keinen kapitalistischen Feind zu fürchten brauchen. Das ist der Gesichtspunkt, von dem wir uns bei unserer Politik der Konzessionen leiten lassen und den ich hier dargelegt habe.





Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
E.H.Karge, Görlitzerstr.68, 1000 Westberlin 36  
Eigendruck im Selbstvertrieb